

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951**

50 (28.2.1951)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.40, im Verlag abgeholt 2.10 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3/52. Jahrgang

Mittwoch, den 28. Februar 1951

Nr. 50

## „Generalsüberungen“ bei der KPD Drei Landesvorsitzende abgesetzt — 200 000 Mitglieder weniger

Frankfurt (UP). Die Kommunistische Partei Westdeutschlands ist seit drei Tagen bemüht, durch eine „Selbstreinigung“ den „Geist des Sektiererturns und des Opportunismus“ aus ihren stark gelichteten Reihen zu bannen. Nach dem Vorbild der SED in der Sowjetzone veränderte sich die KPD auf Anweisung des SED-Generalsekretärs Walter Ulbricht von der „Massenpartei“ zu einer „Kaderpartei“ im Sinne Lenins und Stalins. Auf Anordnung von Walter Ulbricht wurden bereits drei Landesvorsitzende der KP abgesetzt. In Württemberg-Baden mußte der bisherige Landesvorsitzende Robert Leibbrand nach „harter Selbstkritik“ seinen Posten an den Sekretariatsangehörigen Karl Weber abtreten. Auch der Vorsitzende der südwürttembergischen KP, Wilfried Acker, sah ein, „daß kein Genosse Mitglied der KPD um seiner selbst willen“ sein kann und kam der Aufforderung nach, seine Funktionen dem bisherigen Stuttgarter Stadtrat Willi Bechtie zu übertragen. Auf Beschluß des hessischen KP-Vorstandes wird der bisherige Landesvorsitzende der KPD in diesem Lande, Oskar Müller, „seiner Pflicht gegenüber der Partei in Zukunft in einer anderen Funktion erfüllen“. Erster Sekretär der hessischen Landesleitung — wie die kommunistischen Landesvorsitzenden jetzt heißen — wurde Klaus Weigle. Die Hamburger Kommunisten hatten schon vor einer Woche ihren Landesvorsitzenden Willi Prinz durch einen neuen Mann, Hein Flink, ersetzt. Die KP zählte am 1. Februar 1951 nur 150 000 Mitglieder, sie hat also in den letzten drei Jahren 200 000 Anhänger eingebüßt.

## Montgomery bei Eisenhower

Britischer General leitet Nachrichtendienst Paris (UP). General Eisenhower hatte in seinem Hauptquartier im Hotel Astoria in Paris eine einstündige Besprechung mit dem britischen Feldmarschall Lord Montgomery. Der britische Generalmajor Sir Terence Airey, der Oberkommandierende der alliierten Besatzungstruppen in Triest, wird in Kürze seinen jetzigen Posten verlassen und im Hauptquartier General Eisenhowers die Leitung der Abteilung „Militärischer Nachrichtendienst“ übernehmen.

## Nicht erst in einem Jahr

Shinwell über Deutschlands Bewaffnung London (UP). Der britische Verteidigungsminister, Emanuel Shinwell, erklärte bei einem Essen der Vereinigung ausländischer Presse, es könne keine Rede davon sein, daß die Wiederaufrüstung Deutschlands für ein Jahr verschoben sei. Doch werde die Entscheidung über den deutschen Verteidigungsbeitrag so lange hinausgezögert, bis „alle zutreffenden Fragen berücksichtigt worden“ sind.

Ferner erklärte der Verteidigungsminister, daß die Frage der Teilnahme der Anliegerstaaten des östlichen Mittelmeers an der westeuropäischen Verteidigung dauernd geprüft werde. Griechenland, die Türkei und die anderen am östlichen Mittelmeer gelegenen Staaten könnten „vollständig mit den Plänen innerhalb der Atlantikpaktorganisation zufrieden sein“. Zunächst müsse jedoch die Paktorganisation selbst auf die Beine gebracht werden, ehe man sich anderen Problemen zuwenden könne.

## Dibelius über Aufrüstung

„Man wird die Jugend überreden müssen“ London (UP). Der evangelische Bischof von Berlin, Dr. Otto Dibelius, ist in London eingetroffen. Er wird vier Tage in Großbritannien bleiben. Auf dem Flugplatz erklärte er auf die Frage eines Reporters, die Wiedervereinigung Deutschlands müsse ermöglicht werden. Dies sei aber eine sehr schwere Aufgabe. Auf eine Frage nach der Wiederbewaffnung Deutschlands erwiderte der Bischof, die deutsche Jugend sei nicht für die Aufrüstung. Man werde sie dazu wohl überreden müssen.

## Kein Verfahren gegen Johnson

Londons Hafnarbeiter streiken wieder London (UP). Premierminister Attlee äußerte vor dem Unterhaus, die Regierung werde gegen den Dean von Canterbury, Dr. Hewlett Johnson, der die kürzlich scharfen Angriffe Stalins gegen Attlee und Großbritannien begrüßt, keinerlei Schritte unternehmen. Attlee war gefragt worden, ob es richtig sei, daß der „rote Dean“ das Recht habe, in die ganze Welt zu reisen, um das Antichristentum und den Kommunismus zu predigen. Attlee erwiderte darauf, daß es sehr gefährlich wäre, falls man Großbritannien der Intervention in die Religionsfreiheit beschuldigen könnte.

Tausende von Londoner Hafnarbeitern traten am Dienstag in einen eintägigen Streik, um gegen die erneute Verladung von sieben Hafnarbeitern vor das Gericht in der Bow Street zu protestieren. Eine Protestversammlung, die von Mitgliedern des illegalen Hafnarbeiterausschusses anberaumt worden war, wurde von der Polizei aufgelöst.

## Schäffer fordert 4,5 Milliarden

Für Sicherheit und soziale Zwecke

Bonn (UP). Bundesfinanzminister Dr. Fritz Schäffer erklärte auf einer wirtschaftspolitischen Tagung der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, das neue Bundessteuerprogramm solle der Bundesrepublik gestatten, insgesamt 4,5 Milliarden DM mehr für ihre Sicherheit und für soziale Zwecke auszugeben. Dr. Schäffer betonte, daß die Süwaren-Sondersteuer als ein Appell an die Öffentlichkeit gedacht sei, freiwillig eine gewisse Konsumbeschränkung auf sich zu nehmen.

Senkung der Altmietpreise. Die Preise für Altmietwohnungen sollen durch preispolitische Maßnahmen allmählich soweit gesenkt werden, bis sie in einer vernünftigen Relation zu den Preisen für Neumietwohnungen stehen, verlaute aus dem Bundeswirtschaftsministerium.

Weitere Maßnahmen zur Senkung der Altmietpreise seien in Vorbereitung, könnten aber erst nach der Inkraftsetzung des Wirtschaftssicherheitsgesetzes durchgeführt werden. Das Wirtschaftssicherheitsgesetz soll der Bundesregierung die Möglichkeit geben, die Kontrolle über den Verkauf, den Bezug sowie die Verarbeitung der wichtigsten Rohstoffe auszuüben.

## Erhöhung der Gehälter

Ein formeller Beschluß über die geplante Gehaltserhöhung für Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes ist, zwischen

den Gewerkschaften und den Bundes- und Länderfinanzministern noch nicht zustande gekommen. Die Länderfinanzminister und Bundesfinanzminister Dr. Schäffer haben zwar angekündigt, daß sie zu einer Gehaltserhöhung für die Bediensteten des Bundes und der Länder vom 1. April dieses Jahres an um 15 Prozent bereit seien, doch ist diese Zuschicherung lediglich die Basis für Verhandlungen mit den Gewerkschaften, die erst noch geführt werden müssen.

Ungeklärt ist dabei z. B. noch die Frage, ob die seit Oktober vorigen Jahres gezahlten Teuerungszuschläge in Höhe von 20 DM weitergezahlt werden sollen und ob sich die 15prozentige Erhöhung aus dem ursprünglichen Gehalt oder — wie die Gewerkschaften fordern — aus dem Gehalt plus Teuerungszuschlag errechnen lassen soll. Ferner muß geklärt werden, inwieweit sich die Gehaltserhöhung auch auf Landes- und Bundesminister und den Bundespräsidenten erstreckt.

## Betriebsrätewahlen im April

Die Betriebsrätewahlen werden in diesem Jahr in der Bundesrepublik nach einer Mitteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Zeit vom 2. bis zum 14. April abgehalten. Ausgenommen sind der Bergbau, dessen Betriebsrätewahlen erst im Oktober stattfinden, und Länder, in denen nach Landesgesetzen für die Wahlen ein anderer Zeitpunkt bestimmt ist.

## Lebenshaltung 5 bis 6 Prozent teurer?

Auch der Brotpreis steigt — Ein Wirtschaftsprogramm der Regierung — Vorschläge der Parteien

Bonn (UP). Die Bundesregierung sieht die Festpreise für Brotgetreide als überholt an und hat die Bundesminister für Wirtschaft und Ernährung beauftragt, die Preisbehörden zu einer neuen Preispolitik anzuweisen, gab ein Regierungssprecher vor der Presse in Bonn bekannt. Gleichzeitig mißbilligte das Bundeskabinett bei einer Erörterung der Getreidepreise die „Preisüberhebungen“ der letzten Zeit.

Der Sprecher der Bundesregierung konnte allerdings darüber keine Auskunft geben, ob die Auffassung des Kabinetts hinsichtlich der „überholten Festpreise“ eine sofortige Steigerung des Brotpreises zur Folge hat, noch konnte er angeben, wie hoch die Preise für Brotgetreide heraufgesetzt werden sollen. In Kreisen, namhafter Agrarpolitiker deutet man jedoch eine Erhöhung der Inlandspreise für Weizen um 80 DM pro Tonne an, wodurch der Brotpreis mit Ausnahme des Konsumbrottes um etwa zehn Pfennig je Kilo steigen würde.

Aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft verläutet ferner, daß die Anweisungen der beiden Bundesminister an die Preisbehörden wahrscheinlich auf die stillschweigende Billigung eines höheren Preises bis zu einer endgültigen Regelung durch Gesetz hinauslaufen werden.

## Ankurbelung der Produktion

Die Bundesregierung hat in einem offiziellen Kommuniqué angekündigt, daß sie ein eigenes Wirtschaftsprogramm ausarbeiten und mit den zuständigen Organisationen beraten wird. Das von den Sachverständigen der Regierungskoalition ausgearbeitete Wirtschaftsprogramm wird — im Gegensatz zu bisherigen Entwürfen — trotz der darin vorgesehenen Preissteigerungen nur eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten um fünf bis sechs Prozent zur Folge haben.

Der genaue Inhalt des Wirtschaftsprogramms, das in Niederpreis der Sachverständigen der Koalitionsparteien ausgearbeitet wurde, ist inzwischen der Öffentlichkeit übergeben worden. Aus ihm ist zu entnehmen, daß grundsätzlich an der freien Marktwirtschaft festgehalten werden soll. Die Auswirkungen der Korenkrise auf dem Weltmarkt sollen im Bundesgebiet durch ein erhöhtes inländisches Produktionsniveau und ein größeres Außenhandelsvolumen überwunden werden. Der Gedanke der Austerität wird abgelehnt. Zur Erhöhung des inländischen Produktionsniveaus wird daher gefordert:

1. Ausweitung der Grundstoffindustrien (Kohle, Eisen und Stahl, Energie), des Schiffbaus und der Exportindustrie durch ein Engpaßinvestitionsprogramm, wofür im Jahr 1951 zusätzlich rund drei Milliarden DM Investitionsmittel erforderlich sind.

2. Beibehaltung des Wohnungsbauvolumens des Jahres 1950 (Ziel 250 000 Wohnungen mit Schwerpunkt beim Berg- und Stahlarbeiterwohnungsbaue), dafür erforderliche Investitionen etwa vier Milliarden DM.

Kaufkraftmientenkung geplant. Für die Finanzierung der „Engpaßinvestitionen“ und des Wohnungsbauens sowie als Voraussetzung für die Intensivierung der Landwirtschaft werden vom Niederpreisler Kreis folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Angesichts der politisch bedingten Unerfüllbarkeit der Spartatigkeit müssen die fehlenden Mittel, soweit sie nicht aus ECA-Mitteln kommen, durch „Kaufkraftmientenkung“ beschafft werden; hierzu dienen der Erhard-Plan für ein Zwedsparen auf möglichst breiter Basis, außerdem eine für den Wohnungsbau zweckgebundene Erhöhung der Altmieten.

2. Eine Beseitigung der aus der Periode der Zwangswirtschaft übernommenen Preisverzerrungen, womit gleichzeitig ein weiterer Teil der Kaufkraftmientenkung bewirkt werden soll. Hierunter fallen: a) eine der Neubaufinanzierung dienende Erhöhung der Altmieten, b) eine der Produktionssteigerung und gleichzeitig der Herstellung der Lohnparität (zwischen Landwirtschaft und Industrie) dienende Erhöhung der Getreide-, Zucker- sowie Milch- und Fettpreise; c) eine nochmalige geringfügige Erhöhung des Kohlenpreises, soweit sie zur Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit nach eingehender Überprüfung erforderlich ist; d) die bereits beschlossene Heraussetzung der Bundesbahntarife.

## Kredite für Export

Der Außenhandel soll durch Investitionskredite für die Exportindustrie gefördert und am Prinzip der Liberalisierung auf jeden Fall festgehalten werden. Allerdings müsse eine Überprüfung der Liberalisierungsliste erfolgen und die volle Gegenseitigkeit gewährleistet sein.

Die Niederpreisler Kreis will ferner die Renten, Gehälter und Löhne erhöhen, um der vorgeschlagenen Entzerrung des Preisniveaus auch auf der Lohnseite zu entsprechen. Die Fortsetzung der Politik des knappen Geldes, die Kaufkraftmientenkung und eine staatliche Schieds- und Schlichtungsordnung soll die Gewähr für eine möglichst große Stabilität des Preisniveaus und damit für die Vermeidung einer Lohnpreisspirale schaffen.

Neuer Posten für General Keightley. Der Kommandeur der britischen Rheinarmee seit 1948, Generalleutnant Sir Charles Frederick Keightley, wird den Posten des Kommandeurs der britischen Landstreitkräfte im Fernen Osten übernehmen.

Shawcross will keinen Friedenspreis. Der britische Generalstaatsanwalt, Sir Hartley Shawcross, hat den Nobelausschuß des norwegischen Parlaments gebeten, ihn von der Liste der Kandidaten für den Friedenspreis der Nobelstiftung zu streichen.

Höchstens zwei „Amtsperioden“ Präsident. Als 36. Staat der USA hat nun Nevada den Zusatz der Staatsverfassung anerkannt, nach dem kein Präsident der USA dieses Amt länger als zwei Amtsperioden bekleiden darf. Damit ist die zur Verfassungsänderung notwendige Dreiviertelmehrheit erlangt und der Beschluß wird rechtskräftig.

Ein jugoslawisch-italienisches Abkommen, das die Streitigkeiten über die italienischen Fischereirechte in jugoslawischen Gewässern endgültig beilegt, wird in Belgrad unterzeichnet.

Norwegische Besatzungstruppen bleiben. Das norwegische Parlament hat beschlossen, die norwegischen Besatzungstruppen weitere sechs Monate in Deutschland zu belassen. Sie bestehen aus einer Brigade von etwa 4000 Mann.

## „Geknebelte Presse“

Ein notwendiges Wort der Klarstellung

Kirchenpräsident Niemöller schrieb vor kurzem einen Brief an Professor Noack, einen der führenden Köpfe des sogenannten Nauheimer Kreises, dessen Ziel es ist, in Abwechslung von der Bonner Generallinie nicht alle Verbindungen mit Ostdeutschland abreißen zu lassen. Noack und seine Freunde bemühen sich deshalb darum, aus den Briefen Piecks an Heuss und Grothewohl an Adenauer die Basis eines künftigen Gesprächs herauszuschälen, um vielleicht doch zu einer Wiedervereinigung des zerrissenen Deutschland zu gelangen. Voraussetzung hierfür ist nach ihrer Auffassung der Dinge, daß sich die Bundesrepublik nicht auf Gedeih und Verderb dem Westen anschließt. Ihre politische Konzeption läuft vielmehr dem Ziele zu, zwischen dem Westen und Osten ein neutrales Vakuum oder — wie man ebenso sagen kann — eine neutrale Trennung zu legen.

Diese Charakterisierung des Nauheimer Kreises ist erforderlich, um die Bedeutung des Umstandes klar werden zu lassen, daß Niemöller sich neuerdings stärker an Noack anzuschließen versucht, nachdem seine Verbindungen zum sozialdemokratischen Parteiführer Schulze nach seiner offenbar nicht im erhofften Sinne weiterentwickelt haben. Daraus die naheliegenden Schlussfolgerungen zu ziehen, soll jedoch unterbleiben, um dem eigenen Urteil der Leser nicht vorzugreifen. Es braucht hier auch nicht davon die Rede zu sein, daß Niemöller einst die Kollektivschuld des deutschen Volkes an sämtlichen Kriegsverbrechen predigte, noch möchte ich mich mit seiner leidenschaftlichen Opposition gegen die Aufstellung deutscher Truppen im Rahmen der Verteidigung des Westens befassen, obgleich Niemöller behauptet, seine politischen Ansichten befänden sich „auf der Linie der evangelischen Kirche in Deutschland“.

Wegen hier aber nachdrücklich protestiert werden muß, das ist eine Behauptung Niemöllers, seine zahlreichen Kundgebungen und Briefe würden nur deshalb nicht in der Presse ausführlich registriert, weil sie von Bonn „geknebelt“ worden sei. Auch Herr Niemöller weiß genau, daß der Bundeskanzler weder das Recht noch die Möglichkeit hat, deutschen Zeitungen irgendwelche verbindlichen Weisungen zu erteilen. Der von ihm ausgesprochene Verdacht einer „Knebelung“ der Redaktionen dürfte also lediglich einer schlechten Laune entspringen sein, die leider bei dem in seinen Äußerungen mitunter recht unbedachten Kirchenpräsidenten sehr häufig zu beobachten ist. Tatsächlich übersteigt es die technischen Möglichkeiten jeder Zeitung, alle Äußerungen dieses beredeten Herrn täglich spaltenlang zu registrieren.

Es darf in diesem Zusammenhang allerdings nicht verschwiegen werden, daß es in Westdeutschland in der Tat bereits wieder Anzeichen gibt, die das im Grundgesetz verankerte Recht der Meinungs- und Informationsfreiheit ignorieren wollen. Man hat noch lebhaft genug in Erinnerung, wie das Stuttgarter Staatsministerium versuchte, die Berichterstattung der Zeitungen über Korruptionsfälle zu unterbinden, indem es gewissen Behörden verbot, Journalisten Auskünfte zu erteilen.

Vor uns liegt eine Meldung, wonach der schleswig-holsteinische Minister Asbach (BHE) den Arbeitnehmern untersagte, Berichte an die Presse weiterzugeben, ohne das diese vorher vom Landesdirektor des Arbeitsministeriums zensiert werden. Oder der Geislinger Oberbürgermeister Dr. Allgauer wies seine Beamten und Angestellten an, der Presse gegenüber verschwiegen zu sein.

Als der Bauernverband vor kurzem mit dem Bundeskanzler das neue Agrarprogramm besprach, wurde die Presse ausdrücklich von dieser bedeutsamen Konferenz ausgeschlossen. Weshalb dadurch die Berichterstattung über die wichtigsten Belange unseres Volkes, nämlich Ernährung und Preisgestaltung, unterbunden werden sollte, ist völlig unverständlich, zumal es sich durchaus um eine Geheimkonferenz handelte. Und endlich soll auf die Zwischenfälle in Bonn während des Aufmarsches der Heimatvertriebenen verwiesen werden, als diese gegen den Lastenausgleichswurf protestierten. Zwei Journalisten, welche die polizeiliche Absperrung um das Regierungsviertel fotografieren wollten, wurden die Apparate abgenommen, einer sogar beschädigt und die Filme beschlagnahmt.

Diese Vorfälle veranlassen uns zur Feststellung, daß es höchste Zeit ist, die Freiheit der deutschen Presse gegen behördlichen Unverständnis und bürokratische Böswilligkeit zu schützen. Zwar begreifen wir es durchaus wenn mancher Politiker und Beamte das Bestreben haben mag, sich einer Beleuchtung

# Aufhebung der Kriegsvorschriften

Gesetzesentwurf in Bonn — Weitere Dekartellierungsbestimmungen

Bonn (UP). Das Bundeskabinett billigte einen Gesetzesentwurf zur Aufhebung von Kriegsvorschriften. Mit seiner bevorstehenden Verabschiedung durch die gesetzgebenden Körperschaften wird von deutscher Seite die Voraussetzung für die Aufhebung des Kriegszustandes mit den drei Besatzungsmächten und anderen Mitgliedstaaten der UN geschaffen.

Bei den Kriegsvorschriften handelt es sich in erster Linie um Verordnungen, die vor Beginn oder während des Krieges erlassen worden sind und eine Diskriminierung der Rechtsstellung von Ausländern bedeuten. Die Hohen Kommissare hatten die Bundesregierung Anfang Februar davon unterrichtet, daß mit einer baldigen Beendigung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und den Westmächten aufgrund von Einzelverträgen gerechnet werden könne. Sie forderten die Bundesregierung auf, ihrerseits die Voraussetzungen durch den Erlass eines Gesetzes zur Aufhebung von Kriegsvorschriften zu erfüllen.

Das Bundeskabinett billigte schließlich eine von der alliierten Hohen Kommission vorgeschlagene Änderung zum Wirtschaftsgesetz, wonach Aufträge für Pflichtlieferungen an die Besatzungsbehörden bevorzugt zu behandeln sind. Dadurch werden die Vorschriften des Militärregulierungsgesetzes Nr. 24 über Lieferungen infolge Besatzungsauftrags hinfallig. Die Gesetzesänderung bedarf noch der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften.

Die Dreimächte-Dekartellierungsabteilung der alliierten Hohen Kommission hat eine endgültige Verfügung gegen den „Fachverband der Schleifmittelindustrie“ und den „Verein deutscher Schleifmittelwerke“ erlassen, wonach ihnen jegliche preisbindende und handelsbeschränkende Tätigkeit verboten wird. Die Verfügung weist die Hersteller von Schleifmitteln an, ihre Erzeugnisse frei zu verkaufen. Für bestimmte Produkte wird ihnen eine Umstellungsfrist von 36 Monaten eingeräumt, innerhalb derer sie unabhängig voneinander ihre Preise zu kalkulieren und festzusetzen haben. Außerdem besagt die Verfügung, daß der „Verein deutscher Schleifmittelwerke“ keinerlei Rabatte mehr berechnen oder private Abkommen über Preise, Absatzgebiete oder Verkaufquoten mit ausländischen Herstellern vereinbaren darf.

Bonner CDU-Dienst kritisiert Maier — Wegen „rüder Angriffe“ auf Adenauer — FDP rügt Kanzler-Intervention

Bonn (UP). Das offizielle Organ der CDU/CSU, der Deutschland-Union-Dienst, beschuldigt den württemberg-badischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier in einem Bericht aus Stuttgart, in seiner Auseinandersetzung mit dem CDU-Abgeordneten Dr. Eugen Gerstenmaier zu Mitteln gegriffen zu haben, die in der Sowjetzone an der Tagesordnung seien. Außerdem habe er in der Öffentlichkeit den Bundeskanzler und seine Politik in „rüder Weise“ angegriffen. Ministerpräsident Maier habe nach der entscheidenden Antwort Dr. Gerstenmaiers auf diese Vorwürfe „fluchtartig den Boden der politischen Diskussion“ verlassen.

Ferner schreibt der CDU-Pressedienst: „Ministerpräsident Maier hat sich durch seine wüsten Angriffe gegen die Politik des Bundeskanzlers in eine für ihn äußerst peinliche Situation hineinmanövriert, aus der er jetzt durch persönliche Angriffe einen Ausweg gewinnen möchte.“ Der Pressedienst der FDP-Fraktion des Bundestages bedauert den Brief des Bundeskanzlers an den CDU-Landesvorsitzenden in Württemberg-Baden, Sigmundsdorfer, wobei er bemerkt: „Ob es notwendig war, daß sich der Bundeskanzler einschaltete, darf füglich bezweifelt werden. Wenn er sich gegen die Einmischung eines Ministerpräsidenten in die Außenpolitik des Bundes verwahrt, dann gibt er diesem Ministerpräsidenten auch das Recht, sich gegen die Einmischung des Bundeskanzlers in eine landespolitische Auseinandersetzung zu verwehren.“

## Todesstrafe für Collazo beantragt

Acht Nationalisten schuldig befunden Washington (UP). Der Staatsanwalt forderte die Todesstrafe für den Portorikaner Oscar Collazo, der angeklagt ist, einen Polizisten getötet zu haben, als er in das Blair-House einzudringen versuchte, um Präsident Truman zu ermorden. Die Regierung erwarte von den Schöffen, daß sie Collazo „in Übereinstimmung mit der Anklage für schuldig befinden. Ein Schuldspruch würde automatisch die Todesstrafe bedeuten.“

In San Juan auf Puerto Rico wurden acht Mitglieder der amerikafeindlichen nationalistischen Partei der Verschwörung gegen die Vereinigten Staaten schuldig gesprochen. Die Angeklagten waren an dem Aufstand beteiligt, bei dem im Oktober vergangenen Jahres 30 Personen getötet und 51 verletzt wurden. Über den Zeitpunkt der Urteilsverkündung ist noch nichts bekannt.

## Clementis wurde verhaftet

Angebl. Mordanschlag auf Gottwald geplant Prag (UP). Nach einer offiziellen Mitteilung wurde der ehemalige tschechoslowakische Außenminister Vlado Clementis verhaftet und aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Er wird der Spionage und der Verschwörung bezichtigt. Mit einem Prozeß gegen Clementis ist in Kürze zu rechnen.

Außer Clementis wurden sechs weitere führende Kommunisten ausgewiesen: Marie Svernowa, Mitglied des Politbüros und stellvertretender Generalsekretär der Partei, Otto Sling, Parteisekretär in Brünn, Laco Novomesky, ehemaliger Erziehungsminister in der Slowakei, und Gustav Husak, ehemaliger Vorsitzender der kommunistischen slowakischen Verwaltung, Karol Smidke, ehemaliger Präsident des slowakischen Parlamentes, und Arnost Psenicka, ehemaliges Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei.

Nach einem vom Informationsministerium veröffentlichten Kommuniqué soll Sling Anhänger einer Verschwörung gewesen sein, die Staatspräsident Clement Gottwald ermorden wollte. Clementis sei „als langjähriger Spion im Dienste Frankreichs“ entlarvt worden, während Sling während des zweiten Weltkrieges Spion in britischen Diensten gewesen sei. In den weiteren Ausführungen wird behauptet, daß in Mähren eine weitverzweigte Verschwörung aufgedeckt und auch in der Slowakei zahlreiche Verräter unschuldig gemacht worden seien.

seiner Person und seines Handelns und vielleicht auch berechtigter Kritik zu entziehen. Aber diese Empfindlichkeit gewisser Herren kann und darf die Presse nicht von der Pflicht einer sorgfältigen und gewissenhaften Unterrichtung der Öffentlichkeit entbinden.

„Geknebelt“ ist die deutsche Presse zwar noch lange nicht. Aber es muß auch rechtzeitig Vorsorge getroffen werden, daß nicht von irgendwelcher Seite der Versuch gemacht wird, ihr das Recht der freien Berichterstattung und der ungehinderten Informierung zu beschneiden. F:

## Fernkabelnetz unter Starkstrom

Maßnahme gegen Metalldiebe Frankfurt (UP). Die Oberpostdirektion Frankfurt hat wegen der überhandnehmenden Fern- und Bezirkskabeldiebstähle einen Teil des Netzes unter Starkstrom setzen lassen. Allmetalldiebe, die dennoch versuchen sollten, Kabel zu entfernen, hätten sich die Folgen — schwere Lähmungs- und Verbrennungerscheinungen — selbst zuzuschreiben.

Pfälzer Journalisten in München München (ld). Pfälzische Journalisten wurden bei einem Empfang der Stadt München von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister Dr. Höpner, Oberbürgermeister Wimmer und Vertretern von Staat, Wirtschaft und Kultur begrüßt.

20 Verletzte bei einem Eisenbahnunglück in England gab es, als der Schnellzug von New York nach Liverpool bei Rochdale mit einer Lokomotive zusammenstieß, wobei die Lokomotive des Schnellzuges entgleiste.

# UN-Offensive wieder im Gang

Die kommunistischen Linien mehrfach durchstoßen

Tokio (UP). Die Offensive der UN-Truppen am mittleren Frontabschnitt in Korea, die am Montag steckengeblieben war, ist inzwischen wieder in Gang gekommen und führte zu mehreren tiefen Einbrüchen in die Stellungen des Gegners.

Die Streitkräfte der UN scheinen jetzt endlich die Hauptverteidigungslinie der Kommunisten am mittleren Frontabschnitt erreicht zu haben. Im bisherigen Verlauf der Offensive waren die chinesischen und nordkoreanischen Truppen meist zurückgewichen, ohne sich ernsthaft zum Kampf zu stellen. Jetzt wurden aber die Stellungen der Kommunisten westlich Pangalm durchstoßen, die gegnerischen Linien bei Hoengsong eingedrückt und bei Yongfuri ostnordöstlich Hoengsong eine wichtige Höhe genommen.

Nach Aufklärungsberichten sind chinesische und nordkoreanische Truppen gegenwärtig damit beschäftigt, rund 50 Kilometer südlich des 38. Breitengrades neue Verteidigungsstellungen auszubauen.

Arbeitsplan des Sanktionsausschusses Lake Success (UP). Der aus Delegierten von 12 Staaten bestehende „Sanktionsausschuß“ der UN hat nach einer offiziellen Mitteilung seinen Arbeitsplan fertiggestellt. Der Ausschuß hat die Aufgabe, über eventuelle weitere Schritte gegen das der Aggression bezichtigte kommunistische China zu beraten. Wie es heißt, hat der Ausschuß die Absicht, in der kommenden Woche die Beratungen über eventuelle Sanktionen gegen

China aufzunehmen, falls das Peking-Regime bis dahin zu den Friedensbemühungen des Vermittlungsausschusses der Vereinten Nationen nicht positiv Stellung genommen haben sollte.

Ein Sprecher der britischen Botschaft in Washington erklärte, seine Regierung hoffe noch immer auf eine Erleichterung der amerikanischen Handelsbeschränkungen mit der Kron-Kolonie Hongkong. Verhandlungen hierüber sind noch im Gange.

## USA beanspruchen Pazifikinseln

Nur Sonderfriedensverträge mit Japan

Washington (UP). Nach der Rückkehr des amerikanischen Sonderbotschafters John Foster Dulles von seiner Pazifikreise wird bekannt, daß Dulles in Japan klar zu verstehen gab, Washington sei nicht bereit, über die Riukiu- und Bonin-Inseln zu verhandeln. Die USA würden unter allen Umständen darauf bestehen, daß diese Inselgruppen südlich Japan auf Grund eines Mandats der UN der Treuhandschaft der USA unterstellt werden müßten. Ferner wird berichtet, daß Dulles in Manila, Australien und Neu-Seeland klargestellt habe, daß der Frieden mit Japan wahrscheinlich nicht auf der Grundlage eines allgemeinen Friedensschlusses, sondern nur durch eine Reihe von Separatfriedensverträgen abgeschlossen werden könne. Die Regierungen der Philippinen, Australiens und Neu-Seelands hätten sich damit einverstanden erklärt.

# Pleven will zurücktreten

Trotz Vertrauensvotum — Sowjetnote wird nicht beantwortet

Paris (UP). Die französische Nationalversammlung sprach der Koalitionsregierung unter Ministerpräsident René Pleven am Dienstagabend mit 241 gegen 216 Stimmen das Vertrauen aus. 159 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Angesichts dieser labilen Mehrheit und der zahlreichen Stimmenthaltungen hat Pleven Staatspräsident Auriol seinen Rücktritt an. Dieser lehnte jedoch ab und bat Pleven, weiterhin im Amt zu bleiben.

Pleven appellierte persönlich an die Mitglieder der Nationalversammlung, eine innerpolitische Krise bei der Abstimmung über die von der Regierung gestellte Vertrauensfrage zu vermeiden. Die sich anschließende

Debatte brachte noch keine Entscheidung darüber, welches Wahlsystem nun in Frankreich angewendet werden soll. Pleven hat lediglich durchgesetzt, daß die Wahlreform im Sinne der Mehrheitswahl erfolgen muß, falls ihm nicht die weiteren Auseinandersetzungen in der Nationalversammlung doch noch einen Strich durch die Rechnung machen.

Die französische Regierung gab bekannt, daß die neueste sowjetische Note mit der Wiederholung des Vorwurfes einer angeblichen Verletzung des französisch-sowjetischen Freundschaftsabkommens nicht beantwortet werde. Wie ein Sprecher des Außenministeriums in diesem Zusammenhang erklärte, halte man es in Kreisen der Regierung für besser, diesen Fragenkomplex auf der geplanten Viermächte-Konferenz zu behandeln, da weitere öffentliche Diskussionen schwerlich zu einer Lösung der Meinungsverschiedenheiten führen würden.

## Araber protestieren gegen Paris

Kommt Marokko vor den Sicherheitsrat?

New York (UP). Abd el Buhafa, der in den USA weilende Vertreter von Abd el Krim, gab bekannt, daß die marokkanischen Nationalisten beabsichtigen, ihren Konflikt mit Frankreich vor den Sicherheitsrat der UN zu bringen. Nach seiner Ansicht bedrohen die vom französischen Generalpräsidenten General Juin durchgeführten Maßnahmen „den inneren Frieden und die Sicherheit Marokkos“. Das zwischen Juin und dem Sultan unterzeichnete Abkommen sei nicht anzuerkennen, da die Unterschrift des Sultans dadurch erzwungen worden sei, daß die unter französischer Kontrolle stehenden afrikanischen Reitertruppen auf Befehl Juin den Palast des Sultans umstellt hätten. Buhafa hofft, daß die Delegierten Pakistans und des Irak einen Protest gegen Frankreich vor dem Sicherheitsrat unterstützen werden.

Kairo (UP). Auch Ägypten ist nach Mitteilung informierter Kreise bereit, die Unabhängigkeitsbestrebungen der marokkanischen Nationalisten zu unterstützen. Der Generalsekretär der Araberliga, Abd el Rahman Assam Passa, hatte in dieser Frage eine Unterredung mit dem ägyptischen Außenminister Salah el Din Bey. Der Generalsekretär hat außerdem alle sieben Mitgliedstaaten der Liga aufgefordert, den zuständigen französischen Vertretern in ihren Hauptstädten ihre Ablehnung gegenüber der französischen Haltung in Marokko zum Ausdruck zu bringen.

## Zwei Schnellboote zusammengestoßen

Tote bei Atlantikpakt-Marine-Manöver

London (UP). Die britische Admiralität teilte mit, daß zwei britische Schnellboote ertranken und zwei weitere verletzt wurden, als ein britisches und ein dänisches Schnellboot während der Atlantikpakt-Marine-Manöver vor der englischen Ostküste zusammengestoßen. Das schwer beschädigte dänische Boot, das nach Harwich eingeschleppt werden sollte, ist in der Nähe der Themsemündung gesunken. Die 22 Besatzungsmitglieder konnten gerettet werden. Das britische Schnellboot, dessen Vorschiff weggerissen wurde, konnte in den Hafen eingeschleppt werden.

## Bilder der Woche



Von links nach rechts: Dr. Henry Garland Bennet, der von Präsident Truman kürzlich zum Leiter des Amtes für technische Zusammenarbeit im Amerikanischen Außenministerium ernannt wurde. Dr. Bennet leitet in dieser Eigenschaft das Pankt-Vier-Programm für technische Zusammenarbeit mit den Völkern der wirtschaftlich rückständigen Gebiete. — Dr. Ralph J. Bunche, der Träger des Friedensnobelpreises für 1950, bei einer Ansprache vor der Philadelphia Coillion Society, die ihn in Gegenwart von über 6000 Mitgliedern mit ihrem goldenen Malteserkreuz und einer besonderen Anerkennungsurkunde ausgezeichnete hatte. — General Alfred M. Gruenther, der kürzlich von General Dwight D. Eisenhower, dem Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa, zum Generalstabschef der ihm unterstellten Truppen ernannt wurde. Gruenther gehörte im zweiten Weltkrieg dem Stabe General Eisenhowers an und gilt als hervorragender Stratege. — William L. Batt, Leiter der ECA-Mission in London, wurde von Präsident Truman zum amerikanischen Vertreter im neugegründeten Nordatlantik-Verteidigungsproduktionsausschuß ernannt. Der Ausschuß wird das Rüstungsprogramm der 12 Nordatlantikpakt-Staaten koordinieren und eine Produktionssteigerung zugunsten der nordatlantischen Verteidigungstreitkräfte anregen. Oben rechts: Tausende von nordkoreanischen Flüchtlingen strömen vor den vorrückenden chinesischen Kommunisten nach Süden. Männer, Frauen und Kinder durchwaten die eisigen Fluten des Taedong-Flusses in der Nähe von Pyonyang, um mit den Resten ihrer Habe der Drohung der kommunistischen Tyrannei zu entkommen. (Bilder: „Amerika Dienst“)

Aus der Stadt Ettlingen

Nur 28 Tage

Liebe Freunde, geht es Euch so wie mir, dem der 28. Februar (gleich nach Ostern, Weihnachten und dem Geburtstag) der angenehmste Tag des Jahres ist? Almonatlich müssen wir uns lange 30 oder gar 31 Tage mit den Widrigkeiten unseres Daseins plagen, unter denen Verdrüß bei der Arbeit und ein schwindeliger Geldbeutel die beiden einflußreichsten Rollen spielen.

Wieviel Hausfrauen bringen das Kunststück fertig, ihren Etat so einzuteilen, daß der Speisezettel nach vier Wochen noch die gleiche Qualität aufweist wie zu Monatsbeginn? Daß sie nicht aufs Kino oder ein Paar neue Strümpfe zu verzichten brauchen, weil's dazu nicht langt? Und welcher Mann bleibt gegen Monatsende nicht häufiger zu Hause, da seine Börse nicht mehr zum abendlichen Schoppen reicht?

Dabei ist es nicht einmal von so ausschlaggebender Bedeutung, ob Euer Gehalt um fünfzig Mark höher ist als früher. Hand aufs Herz, verehrte Leser! Habt Ihr heute an Ultimo mehr Geld in der Tasche als vor einem Jahr, als Euer Einkommen noch etwas kleiner war wie jetzt? (Falls nicht der bedauerliche Fall der umgekehrten Entwicklung eingetreten ist.) Nein! Ihr wartet heute genau so sehnsüchtig auf den Ersten wie damals.

Nur einmal im Jahr macht der Kalender eine Ausnahme: Im Februar, der nur 28 Tage zählt. Aber vielleicht stimmt die Erwartung doch nicht, ersparte zwei oder drei Tage am Rückstand in der Geldtasche registrieren zu können. Dann nämlich, wenn der Fasching Euch zu leichtsinnig fand und das am Monatsanfang in die Bilanz gerissene Loch sich als üble Hypothek für die Fastenzeit erwies.

Gerade deshalb, Freunde, freut Euch, weil wieder Ultimo ist. Macht es aber im nächsten Monat umgekehrt, damit diesmal am Monatsende noch ein Extraschein in der Kasse ein fröhliches Fest gestattet. Denn in dreieinhalb Wochen ist Ostern!

Jodokus

Heute abend Gemeinderatssitzung

Die Verpflichtung der neuen Mitglieder des Gemeinderats steht auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung heute abend 20 Uhr. Bei der Wahl am 28. Januar waren 12 Gemeinderäte neu zu wählen. Von diesen gehörten 3 schon dem bisherigen Gemeinderat an, während 9 Gewählte zum ersten Mal als Vertreter der Einwohnerschaft aufs Rathaus kommen. Die auf Grund eines Einspruchs erfolgte genaue Überprüfung aller Stimmen hat zwar eine andere Bewertung einiger Arten von Wahlzetteln ergeben und zu einer Vergrößerung der Stimmenzahl aller Parteien geführt, aber an dem Verhältnis der Parteien nichts geändert. Das Stärkeverhältnis ist folgendes: CDU 11, SPD 8, Parteilose Wählervereinigung 3, DVP 1, DG-BHE 1. Es hat im ganzen Land besonders starke Beachtung gefunden, daß dem neuen Ettlinger Gemeinderat zwei Frauen angehören und es ist anzunehmen, daß auch in die städtischen Kommissionen noch eine Reihe von Frauen berufen werden.

Möge dem Gemeinderat auch in seiner neuen Zusammensetzung ein harmonisches Wirken zum Wohl der gesamten Einwohnerschaft vergönnt sein.

Aus der Evangelischen Gemeinde

Am kommenden Sonntag beginnt die diesjährige Konfirmation mit der Konfirmationsprüfung; es kommen 75 Kinder zur Konfirmation. Die eigentliche Feier ist acht Tage später, am Sonntag Judica. — In der nächsten Woche von Sonntagabend bis Donnerstag wird eine „Geistliche Woche“ gehalten. Täglich findet abends 8 Uhr ein Vortrag in der Kirche statt, mittags 3.30 Uhr werden im Gemeindehaus Bibelstunden gehalten. Die Themen werden noch bekanntgegeben. Mitwirkende sind der bekannte Evangelist Pfarrer Lis. Brandenburg-Stuttgart und Pfarrer Heinrich Schmidt-Karlsruhe.

Windhunde im Film

Am Samstag, 24. Febr., veranstaltete der Club der Windhundliebhaber e.V., Bezirksgruppe Karlsruhe, in Ettlingen im „Darmstädter Hof“ einen Film- und Werbeabend. Die Vorsitzende, Frau Schmittgall, richtete an die zahlreich erschienenen Gäste und Mitglieder herzliche Begrüßungsworte und gab, wie anschließend auch Herr Schmittgall, Erläuterungen über die Filme sowie über die verschiedenen Rassen der Windhunde und die Durchführung eines Rennens. Besondere Begrüßungsworte richteten sich an die Vertreter des Vereins der Hundefreunde und des Tierschutzvereins, mit denen ein gutes Einvernehmen besteht.

Herr Schmittgall gab einen besonders interessanten Ausblick auf das kommende Windhundrennen, das im Juni 1951 auf den Ruppurrer Rennwiesen ausgetragen wird. So schön und spannend für die Zuschauer der Ablauf eines Windhundrennens ist, so groß und vielfältig sind die zu leistenden Vorbereitungen. Hier ist für jeden Sportfreund ein dankbares Betätigungsfeld gegeben. Was eine kleine Gemeinschaft wahrer Idealisten zu leisten vermag, hat der gelungene Verlauf des letzten Windhundrennens gezeigt, das volle Anerkennung nicht nur in der allgemeinen Presse, sondern auch in der sehr kritisch urteilenden Fachpresse inner- und außerhalb Deutschlands gefunden hat.

Mit Spannung sah man den Ablauf mehrerer Filme an, die sehr gelungene Aufnahmen von Rennen, Training und Hundeaufstellungen zeigten. So wurden auf alleseitigen Wunsch manche Filme zweimal vorgeführt.

Zum Abschluß des Abends dankte Sportsfreund Speck den Veranstalter Herrn und Frau Schmittgall für den schönen Abend, der allen immer wiederkehrende Freude am Hundesport gegeben hat. Der Wunsch, bald wieder einen solchen Abend zu veranstalten, war auch gleichzeitig der Ausdruck des Dankes an die Veranstalter. F.H.

Ettlingen erhält 324000 DM für Wohnungsbau

Der Kreistag erörterte die Verteilung der Mittel für den Wohnungsbau

Der Kreistag beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung am Montag im Ettlinger Rathaus eingehend mit der Verteilung der Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus. Regierungsassessor Enders berichtete, daß in der Höhe der Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus zwischen diesem und dem letzten Jahr eine große Lücke klappte. Kreis und Gemeinden besäßen leider z. Z. keine eigenen Mittel, die sie zuschießen könnten. Die kommunale Verwaltung könne nur durch Bereitstellung von Baugelände, durch Erschließung von Bauland und durch Beratung entgegenkommen. In dieser Angelegenheit seien die Gemeinden und Kreise Kostgänger des Landes und dieses sei wiederum auf den Bund angewiesen.

1,8 Millionen für Wohnungsbau im Landkreis

Reg.Ass. Enders teilte mit, das der Landkreis für seine Gemeinden 1,8 Millionen für das Bauprogramm 1951 erhalte. Der Bedarf liege aber wesentlich höher. Seit ungefähr einem Jahr nahm das Landratsamt keine Darlehensanträge entgegen. Aus der Zeit vorher lägen jedoch immer noch Anträge für über 5 Millionen DM vor. Mit den zugewiesenen Mitteln könnte man demnach nur ein Drittel der früheren Antragsteller befriedigen. An die Baugenossenschaften verteilte man 1,2 Millionen und an private Bauunternehmer 0,6 Millionen. Bei den letzteren wurden besonders die Neubürger und die Kriegsschadgeschädigten berücksichtigt. Außerdem habe man die sozialen und finanziellen Verhältnisse der Antragsteller in Rechnung gestellt, um die Beträge möglichst gerecht zu verteilen.

Auf Antrag einiger Abgeordneten verlas Reg.Ass. Enders die Beträge getrennt nach Baugenossenschaften und privaten Unternehmern, wie sie den einzelnen Gemeinden zufallen. Demnach erhält Bruchhausen 15000 DM für Baugenossenschaften, Burbach 12000 DM für Baugenossenschaften, Ettlingenweiler 12000 DM (B), Elzenrot 20000 DM (Private), Langensteinbach 20000 DM (B), Malsch 100000 DM (P) und 75000 DM (B), Mörsch 42000 (B), Pfaffenrot 7000 (B), Reichenbach 60000 (P), Spielberg 12000 (B) und Sulzbach 12000 (B). Ettlingen erhält 324000 DM für seine Baugenossenschaften zugebilligt. Davon entfallen auf die Badische Landesstiedlung GmbH. 104000 DM, auf die Neue Heimat 120000 DM und auf die Neue Baugenossenschaft 100000 DM, so daß die begonnenen Projekte weitergeführt werden können. Diese Beträge sollen in erster Linie für begonnene Bauvorhaben und dann erst für Neubauten verwendet werden.

Nicht zuviel versprechen

Bürgermeister a. D. Kaufmann erklärte, es sei nicht nur Gier, wenn sich viele Menschen dafür einsetzen, etwas zu erhalten und

nachher unzufrieden seien, wenn sie leer ausgingen. Es sei richtig, daß jeder Mensch eine anständige Behausung bekommen solle. Man dürfe aber auf diesem Gebiet nicht zu viel versprechen, wie es bisher leider oftmals geschehen sei. Man könne nur arbeiten, wenn die notwendigen Mittel zur Verfügung ständen. Zunächst bestehe die Verpflichtung, begonnenes fertigzustellen. Vieles sei besser geworden als man noch vor wenigen Jahren erwartete. Jeder und jedes Amt müsse aber kürzer treten und dürfe sich nicht auf unerfüllbare Versprechungen verlassen. Es sei nicht nützlich, eine Summe zu versprechen, die geringer ist als man ursprünglich annahm.

Alle Parteien für Wohnungsbau

Auch Bürgermeister Rimmelspacher wies darauf hin, daß man die Ziele in der Förderung des Wohnungsbaus zurückstecken müsse. Man habe immer davon gesprochen, daß der Bund 500 Millionen für diese Aufgabe zur Verfügung stelle. Nun müsse man aber froh sein, wenn vielleicht 300 Millionen DM dafür aufgewendet würden. Im württemberg-badischen Landtag seien sich alle Parteien darüber einig, soweit wie möglich für den Wohnungsbau zu tun. Es ginge nicht darum, zu glänzen, sondern keine falschen Hoffnungen zu erwecken.

Landrat Groß hat darum, daß man dem Problem der Finanzierung des Wohnungsbaus mehr Verständnis entgegenbringen solle. Man könne unmöglich mehr verteilen, als verfügbar sei. Die Verwaltung habe mit größter Sachlichkeit gearbeitet, um sämtliche Faktoren bei der Verteilung zu berücksichtigen. Zu all diesen Besprechungen müsse er aber noch sagen, daß der Betrag von 1,8 Millionen DM noch nicht zur Verfügung stehe. Er könne erst dann an die Endgültigkeit dieser Summe glauben, wenn die Mittel auch wirklich bereitstünden.

Der Beamte ist in erster Linie Mensch

Zu der Bemerkung eines Abgeordneten, daß durch Zuzug die Wohnungsnot keine Besserung erfahre, bemerkte der Landrat, es sei richtig, daß die Arbeit auf dem Gebiet des Wohnungsbaus dadurch oftmals aufgehoben würde und dann eine Lockerung der Not nicht einträte. Man dürfe aber nicht vergessen, ein großer Teil der Zugezogenen komme nicht nur deshalb, weil man sich bei uns bessere soziale Verhältnisse verspreche, sondern auch deshalb, weil sie mit ihren nächsten Verwandten zusammenleben wollen, von denen sie schon viele Jahre getrennt sind. Der Beamte sei in erster Linie Mensch, aber auch in seiner Eigenschaft als Beamter müsse er sich immer von menschlichen Gesichtspunkten leiten lassen.

(Über die anderen Punkte der Kreistagsitzung berichtete die EZ am Dienstag.)

Die Kleintierzucht im Albgau

Generalversammlung des Kreisverbandes der Kleintierzüchter Albgau in Spielberg

Auf Sonntag, den 23. Februar lud der Kreisverband der Kleintierzüchter die Delegierten der Kreisvereine zur Generalversammlung nach Spielberg ins Gasth. z. „Adler“ ein. Erschienen waren alle Delegierten, nur Herrenalb fehlte.

Die Tagesordnung umfaßte 7 Punkte. Nach der Begrüßung und Feststellung der anwesenden Delegierten gab Vorsitzender V. Gladitsch einen ausführlichen Geschäftsbericht, dem die Verlesung der Protokolle vorausging. Der Kreisassessor Herrmann (Ettlingen) gab einen kurzen Kassenbericht, aus dem hervorging, daß ein kleiner Überschuß zum Geschäftsjahreschluß vorhanden ist. Die beiden gewählten Kassensrevisoren Nagel (Spielberg) und Hochdörfer (Oberweiler) prüften die Kasse zur nächsten Versammlung. Der Punkt 4 der Tagesordnung brachte die Vorlegung der Abrechnung von der Kreisschau in Malsch. Revisoren Wagner (Ettlingen) und Süßmann (Spielberg) hatten nach gründlicher Revision festgestellt, daß diese erste große Kreis-Schau ein Defizit von rund 70.— DM hinterließ. In der nun lebhaft einsetzenden Diskussion kamen zu Wort: Nagel (Spielberg), Mohr (Ettlingen), Ziegler (Ebenrot), Stähle (Ettlingen), Lutz (Malsch), der Delegierte für Schluttenbach und noch andere.

Der folgende Punkt der Tagesordnung behandelte zur Generalversammlung eingebrachte Anträge, die einstimmig ihre Annahme fanden. Die Anträge bezogen sich auf organisatorischen Um- und Ausbau.

Der Punkt 5 war Neuwahlen. Die Wahlkommission war von Wilh. Stähle (Ettlingen), Kurt Wagner (Ettlingen) und Jakob Hochdörfer (Oberweiler) zusammengesetzt. Aus der Neuwahl gingen hervor: 1. Vorsitzender Vikt. Gaditsch (Ettlingen), 2. Vors. Fr. Lutz (Malsch), Kassier A. Herrmann (Ettlingen), Kaninchenzüchter W. Stähle (Ettlingen), Geflügelzüchter W. Nagel (Spielberg), Angoraschäfer W. Schröder (Bruchhausen), 1. Beisitzer Jak. Hochdörfer (Oberweiler), 2. Beisitzer Theodor Ziegler (Ebenrot).

Im letzten Punkt wurden verschiedene interne Angelegenheiten behandelt, die wegen Zeitmangels nicht ganz erschöpft werden konnten.

Um 19.45 Uhr konnte der Vorsitzende den Delegierten danken für ihre rege Anteilnahme an den einzelnen Tagesordnungspunkten. Er schloß mit dem Hinweis auf die nun mit erneuter Kraft einsetzende Werbearbeit, um rege Mitarbeit, jeder auf seinem Posten.

Ettlinger Filmschau

„Scotland Yard greift ein“

Die Älteren werden sich noch an einen der größten Kriminalfälle des vorigen Jahrhunderts erinnern können, der sich seinerzeit in London abspielte und mit dessen Aufklärung Scotland Yard beauftragt war. Damals sprach jeder von dem, der unzählige Frauenmorde beging, wobei er jungen Schauspielerinnen mit einem Messer die Kehle durchschnitt und bald hatte man einen Namen für ihn gefunden: „Jack the Ripper“. Dieser Name war in aller Munde, auch bei uns in Deutschland: Der Film „Scotland Yard greift ein“ ist daher keiner der üblichen Kriminalfilme, sondern ist nach den Aufzeichnungen über die damals weltberühmt gewordene Kette von Mordfällen gedreht worden. Die Union-Lichtspiele zeigen diesen Film heute letztmals.

Aus dem Bericht der Landespolizei

Am 15. Febr. ereignete sich auf der Straße I. Ordnung zwischen Marxzell und Gertrudenhof ein Verkehrsunfall, wobei der Fahrer, welcher vermutlich unter Alkoholeinfluß stand, auf einen Baum auffuhr. Bei dem Verkehrsunfall wurden 4 Personen teils schwer, teils leicht verletzt. Das Fahrzeug selbst wurde schwer beschädigt, wodurch ein Sachschaden in Höhe von 2500 bis 3000 DM entstand.

In der Nacht zum 17. Febr. ereignete sich auf der Kreisstraße bei Berghausen ein Verkehrsunfall, wobei ein Pkw nach einer Kurve auf einen Baum auffuhr und der Wagen eine

2,50 m hohe Böschung hinunterstürzte. Beide Insassen trugen leichte Verletzungen davon. Das Fahrzeug wurde stark beschädigt und dürfte der Sachschaden etwa 2500 DM betragen.

Festgenommen wurde eine Person wegen Landstreicherei und Diebstahlsverdachts. Des weiteren wurden 2 Personen wegen widerrechtlicher Unzucht festgenommen. Angezeigt wurde eine Person wegen Betrugs und Unterschlagung, die einen Volkswagen geliehen und nicht mehr an den Eigentümer zurückgebracht hatte. Es ist dadurch ein Schaden in Höhe von 360 DM entstanden. Des weiteren wurde wegen Betrugs eine Person zur Anzeige gebracht, weil diese durch unrichtige Angaben bei der Antragstellung für Winterbeihilfe den Betrag von 400 DM ausbezahlt erhalten hatte. Eine Person gelangte zur Anzeige, weil diese Möbelstücke im Gesamtwert von 1880 DM unterschlagen hat und trotz Aufforderung an die Eigentümerin nicht zurückerrstattete.

Wegen Diebstahls gelangten 2 Personen zur Anzeige, weil diese 2 Fernsprechkabel der Bundespost in einer Länge von 85 m ausgegraben und entwendet haben. Das entwundene Kabel wurde als Altmaterial an einen Altwarenhändler verkauft.

Des weiteren wurde eine Person wegen Diebstahls zur Anzeige gebracht, weil diese in einem Betrieb 15,5 kg Kupfer entwendete und an einen Altwarenhändler verkaufte. Der Altwarenhändler gelangte wegen Sachbhehlerei zur Anzeige, weil er den Umständen nach an-

nehmen mußte, daß das Kupfer, da es sich um neues Stangenkupfer handelte, aus einem Diebstahl herrührte.

In Eggenstein verübte ein Mann Selbstmord, indem er sich von einem Zug überfahren ließ. Das Motiv zur Tat dürfte darin zu suchen sein, daß er wegen einer strafbaren Handlung zur Rechenschaft gezogen werden sollte. In Ruit hat sich ein Landwirt infolge wirtschaftlicher Verhältnisse in seinem Anwesen erhängt.

Zur Anzeige gelangten 4 Personen, welche zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben waren. Des weiteren 3 Personen wegen Übertretung des Gaststättengesetzes, 3 Personen wegen Übertretung der Gewerbeordnung sowie 2 Personen wegen Übertretung des Viehschutzgesetzes.

Jugend und Tierschutz

Der beliebige Dichter Peter Rosegger hat treffende Worte geprägt: „Das Tier hat ein fühlendes Herz wie du, das Tier hat Freude und Schmerz wie du, das Tier hat den Hang zum Streben wie du — das Tier hat ein Recht zu leben — wie du!“ Auch Fröbel hat sich an die Jugend gewendet und gesagt: „Man unterweise die Kinder schon in den ersten Lebensjahren zur Barmherzigkeit und zum Mitleid auch gegen die Tiere. Denn am Tier zuerst übt sich das Kind in Barmherzigkeit oder in Grausamkeit und erwachsen wird es dann barmherzig und hilfsbereit oder unbarmherzig und selbstsüchtig auch gegen die Mitmenschen sein.“ Dieser Ausspruch von Fröbel wurde in einer Zeit getan, als es noch kein Tierschutzgesetz gab. Was man liebt, das quält man nicht; das soll für Mensch und Tier Geltung haben. Wir müssen erreichen, daß unsere deutsche Jugend tierlieb wird. — Zum Jahresende 1950 konnten unter der freundlichen Mithilfe der Lehrer an den hiesigen Lehranstalten 500 Tierschutzkalender an die Kinder ausgegeben werden. Gerade in den Tiergeschichten, Gedichten und Erzählungen aus dem praktischen Leben wird dem Kind die Liebe zum Tier nahegebracht. Dieses Gut wird auch an unseren Schulen gelehrt, durch Ausstellungen wie die des Realgymnasiums im Dezember veranschaulicht und damit wird zusammengefaßt: „Tiere schützen“ heißt aber auch „Menschen nützen“. H.S.

Rundfunkteilnehmerzahlen im Bundesgebiet

Die Rundfunk- und Zusatzteilnehmerzahlen, dienstliche Rundfunkempfänger der Bundespost betragen:

- am 1. November 1950 8 223 498 (330043) davon 26602 Zusatzteilnehmerzahlen
- am 1. Dezember 1950 8 353 013 (337478) davon 28375 Zusatzteilnehmerzahlen (einschl. Autoempfänger). Mithin eine Zunahme von 289222
- am 1. Januar 1951 8 480 189 (343125) davon 29866 Zusatzteilnehmerzahlen (einschl. Autoempfänger). Mithin eine Zunahme von 127176
- am 1. Februar 1951 9 075 962 (349166) davon 32387 Zusatzteilnehmerzahlen. Mithin eine Zunahme von 678220. Erlöshöhe Genehmigungen 82447

Die Zahlen der gebührenfreien Rundfunkempfänger sind in Klammern angeführt, sie sind in den Gesamtzahlen enthalten.

Viel Wasser — mehr Strom

Durch die jahreszeitlich bedingten ergiebigen Niederschläge konnte die Stromerzeugung in den Wasserkraftwerken so weit gesteigert werden, daß die Einschränkungen bei der Versorgung der Industrie mit elektrischem Strom bereits wieder gemildert werden konnten. teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit. Die Stromerzeugung aus Wasserkraft betrug im Januar 1951 etwa 600 Millionen Kilowatt-Stunden. Auf Grund der dadurch verbesserten Versorgungslage hat der Bundeswirtschaftsminister angeordnet, die Beschränkung der Stromentnahme durch industrielle Betriebe von 25 Prozent des Normalverbrauchs auf zehn Prozent herabzusetzen.

Einzelhandel gegen Rabatmarken

Gegen das vom Bundeswirtschaftsministerium zur Beschaffung von Investitionsmitteln vorgeschlagene Rabatmarken-System wandte sich der Hauptgeschäftsführer der „Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels“ Effer. Der Einzelhandel befürchte auf ein solches System vor allem eine negative Reaktion der Verbraucher, die auf Grund der bisherigen Erfahrungen jedem Zwangssparen voraussichtlich mißtrauisch gegenüberstehen. Außerdem dürfte die technische Durchführung des Planes schwierig sein und die Vorfinanzierung beim Einkauf der Rabatmarken dem Einzelhandel erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Daneben bestehe die Gefahr, daß die Rabatmarken, die als Zuschlag bei gewissen Waren mitgekauft werden müßten, schwarz gehandelt und die Währung beeinflussen könnten.

Zahlungsmittelumlauf zurückgegangen

Laut Wochenausweis der Bank deutscher Länder vom 15. Februar ist der Zahlungsmittelumlauf (einschließlich 230 Millionen DM Scheckumläufen) in der zweiten Februarhälfte um 247 Millionen auf 7477 Millionen DM zurückgegangen. Gegenüber dem 15. Januar 1951 ergibt sich damit eine Abnahme um 261 Millionen und gegenüber dem 15. Dezember eine solche von 579 Millionen DM.

Spinnerei. Am 27. Febr. feiert Rentner Gregor Merklinger seinen 75. Geburtstag. Wir gratulieren.

Berichtigung: Bei der Geburtstagsnotiz am vergangenen Samstag muß es heißen Maschinemeister Emil Ochs und nicht Erwin Ochs.

Sport-Nachrichten der EZ

TuS Ettligen - Abt. Fußball
Heute abend um 20 Uhr Training in der Markthalle. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

TuS Spinnerei I. - ASV Grünwettersbach I.
2:2 (0:0)

Spinnerei. Mit dem gleichen Resultat wie gegen Spielberg trennten sich beide Mannschaften am vergangenen Sonntag. Dem Spielverlauf nach hätte die Spinnerei mit einem sicheren Sieg den Platz verlassen müssen, aber die beiden Halbstürmer verstanden es in der ersten Hälfte nicht, die sicheren Chancen auszunutzen, sonst hätte es an Halbzeit statt 0:0 2:0 heißen müssen. Im zweiten Durchgang mußten sich die Schwarz-Roten vorerst dem Druck der Gäste beugen und eine 0:1-Führung hinnehmen, dem kurze Zeit das zweite Tor für Grünwettersbach folgte, was aber ein glatter Regelverstoß des Schiri war. Sp. kämpfte von nun an erst recht, löste sich aus der Umklammerung und ging zur Gegenoffensive über, was ihnen dann noch das Unentschieden durch den Halbrechten und den Mittelstürmer einbrachte. II. Mannschaften 4:1 und die Jugend spielte gegen Durmersheim Jugend 1:2.

Skiflug in Oberstdorf vom 28. Februar bis 4. März

Wenn es der Wettergott zulässt, wird man an den fünf Veranstaltungstagen 13 Stunden lang Skiflugversuche erleben. Im Vorjahr endeten dank aller getroffenen Vorsichtsmaßnahmen von 484 Flugversuchen mit Weiten von 70 bis 130 m nur 34 mit Stürzen und 7 mit sogenannten Touchdowns. Der Prozentsatz unglücklicher Flüge machte also nur 8,3 aus. Sanitätshilfe nahmen nur 5,9 Prozent in Anspruch und von diesen hatte keiner einen ernstlichen Unfall.

Die größten Weiten erzielten 1950 Das Fezziell-Schweden mit 130 m, Sepp Weiler-Deutschland mit 123 m und Andrea Dächler-Schweiz mit 120 m. Netzeila Weltrekordweite hat seine Landsleute so begeistert, daß er und seine anderen Springsportler dieses Jahr auf ihrer Reise nach Oberstdorf von 100 Landsleuten begleitet werden. Dächler erreichte 1950 konstante Flugweiten von 128 bis 130 m und stand dabei alle Flüge bombensicher. Sepp Weiler, der heute Deutsche, pausiert zur Zeit, um bei der Flugwoche wieder voll auf der Höhe zu sein.

Das Urteil des Schweizer Experten Hans Feldmann über die Entwicklung des Skifluges ist besonders interessant. Er meinte nämlich: „Diese wertvollen Versuche müssen fortgesetzt werden. Man ist es der Entwicklung einfach schuldig. Vielleicht muß die Auswahl der Teilnehmer nach noch schärferem Maßstab vorgenommen werden. Es gehören nur Leute an eine solche Schanze, die den Bewegungsablauf des Skifluges vollkommen beherrschen.“ Wie wir hören, will man sich in Oberstdorf an diesen Rat Feldmanns halten und nur qualifizierte Springer aus den gemeldeten Ländern Finnland, Schweden, Jugoslawien, Österreich, Schweiz und Deutschland zulassen. Auch an der 141 m hohen Mammetschanna (Gesamtlänge 498 m) ist im vergangenen Jahr dauernd gearbeitet worden. Der Knick wurde durch eine Erlaufanlage erhöht.

Die Quoten des Sport-Totos Rheinland-Pfalz
Der Sport-Toto Rheinland-Pfalz verteilt im Zehner-Wettbewerb im 1. Rang an 16 Gewinner je 3.177,50 DM, im 2. Rang an 282 Gewinner je 289,75 DM und im dritten Rang an 3.912 Gewinner je 27,50 DM. Beim Kleintipp erhalten 35 Gewinner je 509,50 DM. Bei der Auswahlwette entfallen im 1. Rang auf 194 Gewinner je 281,75 DM, im 2. Rang auf 2.978 Gewinner je 12,10 DM und im 3. Rang auf 12.818 Gewinner je 2,25 DM.

Die Freiwillige Feuerwehr Ettligenweier

Ettligenweier. Am 25. Febr. nachm. 1 Uhr hielt die Freiwillige Feuerwehr ihre Generalversammlung im Gasthaus zur „Krone“ ab. Der Kommandant der Wehr, Wilhelm Görig, begrüßte die zahlreich erschienenen Kameraden, insbesondere den Vertreter der Gemeinde, Bürgermeister Richard Lupp. Erstmals trat bei dieser Gelegenheit der vor kurzer Zeit gegründete Spielmannszug (Trommler- und Pfeiferkorps) unter Leitung von Wehrkamerad Josef Lupp auf und brachte einen flott gespielten Eröffnungsmarsch zu Gehör. Hernach wurde in die Tagesordnung eingetreten. Auf der Tagesordnung standen: 1. Protokollbericht, 2. Kassenbericht, 3. Wahl eines Gruppenführers für die Motorspritze, 4. Verschiedenes. Vor Erledigung der Tagesordnung fand die übliche Ehrung der verstorbenen und gefallenen Kameraden statt.

Schriftführer, Bankbeamter Johann Speck, verlas alsdann den Protokollbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr. Nachdem Protokollbericht fand die letzte Generalversammlung am 30. 4. 1950 statt. Zur Zeit zählt die Wehr 86 Mitglieder, darunter 63 aktive und 18 passive Mitglieder. Von den passiven Mitgliedern stehen Altkronenwirt Oskar Prestel kurz vor Vollendung des 82. Lebensjahres, Altbürgermeister und Ehrenkommandant der Wehr Bertold Görig im 82. und Rentner Friedrich Günther im 81. Lebensjahr. Im Lauf des Jahres schieden durch Tod die beiden Mitglieder Lukas Bullinger und Otto Allgaier und durch Wegzug Kamerad Leopold Geiger aus. Neueintritte in die Wehr sind drei zu verzeichnen, nämlich Franz Weber, Leo Dantes und Wilhelm Kasselmann. Ein Mitglied, August Heintzer, ist bis jetzt immer noch als vermißt gemeldet.

Während des Jahres wurden 9 Übungen abgehalten, die stets die Schlagfertigkeit und Erleichterung der Wehr erwiesen. Am 28. Januar hielt die Wehr im „Adlersaal“ einen Werbeabend mit Tanz ab, der recht gut besucht war. Den Kassenbericht erstattete Kamerad Karl Görig. Die Kassenführung wurde bereits vorher durch die beiden Kameraden Wilhelm Hertzsch und Leopold Stahl geprüft und in bester Ordnung befunden. Sowohl Schriftführer als auch dem Kassenrechner wurde allgemeine Entlastung erteilt. Beide führen auch im neuen Geschäftsjahr ihr Amt weiter. Als Gruppenführer für die Motorspritze wurde Kaufmann Auerbach einstimmig gewählt. Unter der Rubrik „Verschiedenes“ kam es bei den einzelnen zur Erörterung gestellten Fragen und Anträgen zu einer recht lebhaften Diskussion, besonders bei der Erörterung eines Maiausfluges. Endlich einigte man sich über einen Ausflug mit dem Omnibus in die weingesegnete und weinfrohe Pfalz.

Zum Schluß ersuchte der Kommandant der Wehr die aktiven Mannschaften, pünktlich zu den angesetzten Feuerwehrproben zu erscheinen, deren erste am 10. März mit allen Geräten stattfindet. Bei dreimaligem unentschiedenem Versäumnis scheidet das Mitglied automatisch aus der Wehr aus und wird zur Feuerschutzabgabe herangezogen.

Mit dem Wunsch der Feuerwehr: „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr“ schloß der Kommandant die recht harmonisch verlaufene Versammlung. Anschließend fand noch ein gemütliches Beisammensein der Kameraden statt.

Generalversammlung des Musikvereins „Lyra“

Schöllbrunn. Am Sonntag hielt der Musikverein „Lyra“ seine Generalversammlung ab. Mit einem Musikstück wurde die Versammlung eingeleitet, anschließend begrüßte Vorstand Wendelin Malsch die erfreulicherweise sehr gut besuchte Versammlung und gedachte der gefallenen und verstorbenen Mitglieder.

Der sehr umfangreiche Geschäftsbericht, der im 30jährigen Stiftungsfest seinen Höhepunkt erreichte, gab den anwesenden Mitgliedern befriedigenden Aufschluß über die Vereinstätigkeit im vergangenen Jahr. Leider brachte das in allen Beziehungen vorbildlich aufgelegte Fest durch das Unwetter nicht den gewünschten Ertrag. Von Seiten der Kassenrevisoren wurde dem Kassier das beste Zeugnis ausgestellt. Die Kasse befindet sich in einwandfreier Ordnung. Der Kassier wurde für das verlossene Geschäftsjahr entlastet.

Die Neuwahl war das kaum zu überwindende Problem der Versammlung. Der 1. Vor-

stand konnte auf zwei weitere Jahre verpflichtet werden, während der 2. Vorstand Josef Malsch IV, der 26 Jahre 2. Vorstand war, krankheits- und besonders altershalber abdankte. Ebenso konnte der Kassier Karl Wipfler, der sich im Laufe der letzten Jahre eine sehr gefährliche Krankheit zuzog, nicht mehr für seinen Posten gewonnen werden. Karl Wipfler war seit Gründung des Vereins mit kurzer Unterbrechung bis auf den heutigen Tag Kassier des Vereins. Die beiden aus der Verwaltung Auscheidenden wurden in Anbetracht ihrer überaus großen Opfer, die sie ein ganzes Menschenalter dem Verein brachten, zu Ehrenmitglieder ernannt. Als 2. Vorstand wurde Bruno Ochs und als Kassier Franz Haberer ernannt. Emil Kunz, Gipser, wurde an Stelle von Bruno Ochs als Beisitzer gewählt. Im übrigen änderte sich nichts innerhalb der Verwaltung.

Den Ausklang der ruhig verlaufenen Versammlung übernahm wiederum die Kapelle.

Demnächst Winterspritzung

Malsch. Bei günstiger Witterung wird in den nächsten Tagen die Winterspritzung in den Krautgärten vorgenommen. Da gerade dieses Gewann viele Hundert Einzelpflanzen aufweist, ist es notwendig, daß die Bezeichnung der Grundstücke unbedingt erfolgt. Die Eigentümer werden gleichzeitig gebeten, vorhandenes Gemüse abzuräumen oder mit Stroh und Reisig abzudecken, damit es durch die Spritzbrühe nicht verbrannt wird.

Das Abreißen von Palmkäuzchen ist streng verboten. Die Eltern werden gebeten, dies ihren Kindern zu erläutern, da diese ersten Blüten die früheste Nahrung für die vielen Bienen sind.

Am Donnerstag, 1. März, findet eine öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Die interessante Tagesordnung sowie weitere Punkte, welche sicherlich zur Sprache kommen wer-

den, dürften den Besuch dieser Sitzung empfehlen.

Vereinsnachrichten

Am Freitag, 2. März, 20 Uhr spricht MdL Dr. Werber über aktuelle Tagesfragen, welche die Haus- und Grundbesitzer angehen. Der Gewerbeverein Malsch wird am Dienstag, 27. Febr., eine allgemeine Besprechung über den Jahrmarkt im Gasthaus „Lamm“ durchführen. Die Kolpingfamilie hielt am Montag, 26. Febr., einen Ausspracheabend mit dem MdL A. Kühn. Der Männergesangsverein „Konkordia“ wird am Sonntag, 4. März, im Gasthaus „Mahlberg“ die Generalversammlung durchführen. Ebenso ladet der „VDK“ auf Sonntag 4. März, seine Mitglieder zur Generalversammlung in die „Festhalle“ ein. Der Fußballverein Malsch beabsichtigt in der Gemeinde eine Zündholzverkaufaktion durchzuführen. Diese Aktion, an welcher sich sämtliche Gewerbetreibenden beteiligen können, da auf den Zündholzschachteln entsprechende Reklame vorgesehen ist, soll dem Verein das notwendige Geld zur Herrichtung seiner Sportplatzanlage verschaffen. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß die gesamte Bevölkerung sich an dieser Aktion beteiligt, denn zur sportlichen Betätigung gehört nicht nur jugendlicher Eifer, sondern auch das erforderliche Geld für die Sportanlagen.

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 27. Februar

Auflrieb: Rinder 281, Schafe 211, Schafe 211, Schweine 692. - Preise: Ochsen AA 89-92, A 89-92, B 89-92, C bis 89; Bullen AA 89-92, A 89-92, B 79-78; Färsen: AA 89-92, A 89-92, B 74-82; Kühe AA 79-83, A 89-92, B 89-92, C 89-92, D 89-92; Kälber A 129-142, B 119-128, C 99-118, D bis 85; Schafe: 89-92; Schweine A und B 144-148, C 143-148, D 142-147, E und F 149-154, G 139-138. - Verkauf: Rinder langsam, Überstand; Kälber lebhaft, geräumt; Schweine ruhig, Überstand.

Rheinwasserstand 27. 2.: Konstanz 297 (-1) Breisach 198 (+1) Straßburg 260 (-7) Maxau 452 (-13) Mannheim 350 (-18) Caub 290 (+1)

Zürcher Notendirektorkurse 26. 2. 27. 2. New-York (1 Dollar) 4 29 1/2 - 4 29 1/2 London (1 Pfd.) 10 62 - 10 62 Paris (100 Fr.) 1 09 1/4 - 1 08 1/4 Brüssel (100 Belg. Fr.) 8 26 1/2 - 8 26 1/2 Mailand (100 Lire) 0 62 1/2 - 0 62 1/2 Deutschland (100 DM) 78 75 - 79 25 Wien (100 Sch.) 14 05 - 14 15

Berlin, den 27. 2. 51: Wechselstuben-Umrechnungskurs 1 DM(West) = 5 40 - 5 60 DM(Ost)

Wettervorhersage

Am Mittwoch und Donnerstag wolkig mit zunehmender Neigung zu Aufhellung. Morgens örtliche Nebelbildung, nur anfangs noch vereinzelte Schneeschauer. Höchsttemperaturen in der Rheinebene vier bis sieben Grad, nachts verbreitet leichter Frost, örtlich bis zu minus fünf Grad. Schwache Winde aus nördlichen Richtungen.

Barometere stand Veränderlich. Thermometere stand: heute früh 8 Uhr: 1° unter 0

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Helmsatzzeitung für den Albgau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. - Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettligen, Schöllbronner Straße 5, Telefon 187

Anzeigenannahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis oHG, Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 712

Noch sof. lieferbar: Büro- u. Reise-Schreibmaschinen, Buchungs- u. Rechenmaschinen. Feinmed. Werkstätte Ing. H. Helfenstein, Etlg. Auguststr. 12, Te. 315

Heute Schlachttag im Gasthaus zum Kreuz

ZU VERKAUFEN

Junge Milchkuh preiswert zu verkaufen. Spielberg Nr. 187

ZU KAUFEN GESUCHT

Gut erhaltener Schreibtisch zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 619 an die EZ.

STELLENANGEBOTE

Frau oder Mädchen, sauber und ehrlich sofort in kleinen Haushalt gesucht. Zu erfragen unter Nr. 605 in der EZ.

Jersey-Reste Jersey-Röcke Gr. 40-48 Jersey-Blusen Gr. 40-44

Fabrik-Reste Kleider-Lavabel Wäsche-Lavabel Wollstoff (Quaranta) und anderes mehr eingetroffen. Machen auch Sie bitte einen unverbindlichen Besuch.

Frau Ott Mühlengasse 33



Musikverein Ettligen e. V.

Am Sonntag, 4. März 1951, 17.00 Uhr findet im Gasthaus zum Hirsche unsere General-Versammlung

statt, zu der wir alle aktiven und passiven Mitglieder herzlichst einladen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Anträge und Wünsche werden vor Beginn der Versammlung vom Vorstand entgegengenommen. Die Kapelle wird die Mitglieder mit einigen Musikstücken beehren. - Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird gebeten. Der Vorstand

Verein der Rebhute Ettligen e. V.

Am Sonntag, den 4. März 1951, nachmittags 1/2 3 Uhr findet im Gasthaus zum Engel unsere diesjährige

General-Versammlung

statt. Die Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben.

Zu dieser wichtigen Versammlung sind unsere Winzer und Winzerinnen freundlichst eingeladen. Der Vorstand

BEKANNTMACHUNGEN

Pilzprüfung.

Der vom Herrn Landrat des Kreises Karlsruhe verpflichtete Pilzsachverständige, Herr Friedrich Werner, Ettligen, wird an den Wochenmatttagen vormittags von 7 9 Uhr im Rathaus, Zimmer 5 und an den übrigen Werktagen von vorm 7.30-8 00 Uhr, in seiner Wohnung, Dekaneygasse 7, die Untersuchung von Pilzen auf ihre Genußtauglichkeit vornehmen und die entsprechenden Bescheinigungen ausstellen. Gleichzeitig wird auf die Kreisverordnung über den Verkauf von Pilzen vom 20. Juni 1949 hingewiesen.

Ab 28. Februar 1951 gebe ich meine Bäckerei und Konditorei in der Albststraße 21 auf. - Für das mir entgegengebrachte Vertrauen danke ich allen meinen werten Kunden. Heinrich Geisert, Bäckermeister

Zum Weißen Sonntag empfehlen wir MAGNIFIKATE in Rot- und Goldschmuck in verschiedenen Preislagen. BUCHDRUCKEREI A. GRAF - ETTLINGEN Schöllbronner Straße 5, Telefon 187

Weise den Sammler nicht von Deiner Tür! Haus- und Straßensammlung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge vom 17. 2. - 1. 3. 1951.

Taschen-Zehrplan Winterhalbjahr 1950 - Gültig bis 19. Mai 1951 Preis 20 Pfg. Zu haben an all. Schaltern der Albstadtbahn u. in all. Buchhandlungen Buchdruckerei A. Graf, Ettligen/Baden

bei Grippe: PETRIN IN APOTHEKEN 10 TABLETTEN - 30 20 TABLETTEN 1.40

Gefichtsausschlag Seit 40 Jahren bewährt. Creme-Heife. Badenia Drogerie, Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 712

ZUMIETEN GESUCHT Ca 150-200 qm Lagerraum auch Hofraum dazu, gute Einfahrt, Bedienung, zu mieten gef. Angeb. unt. Nr. 576 an die EZ.

Möbl. Zimmer zu mieten gesucht. Angebote unter Nr. 622 an die EZ. Zwei Zimmer mit Küche oder großes möbliertes Doppelzimmer für 1. 4. gesucht. Angeb. unt. Nr. 620 an die EZ.

Frühjahrmäntel und Kostüme äußerst preiswert bei Evamaria Gutseel Badener-Tor-Straße 14 Heute nachmittag geöffnet

Veg. tabilisches Augenwasser von Holopoth Schaefer bei Ermattung Ueberanstrengung, verschwommen Sehbild, Drücken, Zwinkern u. Tränen der Augen, das pflanzliche, langjährig bewährte Stärkungsmittel. Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, Ettligen

### Umschau in Karlsruhe

#### Vizegeneralstaatsanwalt rechtfertigt Aktion Ärzte weiter in Opposition

**Karlsruhe (UP).** Der Vizegeneralstaatsanwalt von Nordbaden, Woll, rechtfertigte das Eingreifen der Mannheimer Staatsanwaltschaft und das Vorgehen der Weinheimer Polizei bei der Weinheimer Aktion, bei der zahlreiche Frauen unter dem Verdacht der Abtreibung verhaftet worden waren. Im Namen des württemberg-badischen Justizministers erklärte Woll, es habe schon lange der Verdacht bestanden, daß im Amtsgerichtsbezirk Weinheim „Lohnabtreiber“ tätig seien.

Diese Annahme sei von einem Weinheimer Arzt geteilt worden, der im Januar in einem Schreiben an das zuständige Gesundheitsamt auf die außergewöhnlich hohe Zahl der Fehlgeburten hingewiesen habe. Die Oberstaatsanwaltschaft Mannheim sei daraufhin von dem Gesundheitsamt pflichtgemäß unterrichtet worden. In einer Liste, die auf Veranlassung des Oberstaatsanwaltes zusammengestellt worden sei, habe man feststellen können, daß ohne Zweifel mehrere Abtreiber existieren mußten, und daß sich seit 1947 die gemeldeten Fehlgeburten in der Stadt Weinheim um 300 Prozent und im Amtsgerichtsbezirk der Stadt um 120 Prozent erhöht hätten.

Woll wies darauf hin, daß man gegen die Frauen, die der „Einbestellung“ nicht gefolgt seien, nichts unternommen habe. Es sei kein unzulässiger Druck ausgeübt worden, keine unkorrekte Behandlung habe stattgefunden. Fast alle Frauen hätten freiwillig und ohne jede unzulässige Beeinflussung des Sprechers schriftlich den behandelnden Arzt von der Schweigepflicht entbunden. Man habe vier Frauen festgenommen, davon hatten drei mehrfach gewerbsmäßige Abtreibung gestanden. Insgesamt ständen bis jetzt rund 30 Abtreibungen mit etwa 40 Beschuldigten fest.

Der Vorsitzende der Nordbadischen Ärztekammer, Dr. A. Geiger, Karlsruhe, erkannte die Erklärung des Vizegeneralstaatsanwaltes nicht an. Er wies darauf hin, daß die Mannheimer Staatsanwaltschaft die Möglichkeit gehabt hätte, durch geeignete Beamte die Abtreibungen im Weinheimer Bezirk aufzudecken, ohne daß eine solche Massenvernehmung die das Ansehen der Ärzte geschädigt und das Verhältnis zwischen Arzt und Patienten gestört habe, nicht gewesen wäre.

#### Um den Paragraphen 218

**Abtreibungsprozeß löst Diskussion aus Karlsruhe (UP).** Der Massen-Abtreibungsprozeß gegen den Frauenarzt Dr. Erb, der zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde, löste erneut eine lebhaft diskutierte und die Berechtigung des Paragraphen 218 aus. In maßgebenden Kreisen Nordbadens wird diese Frage jedoch zurückhaltend beurteilt. Die Erklärung des Karlsruher Rechtsanwalts und Verteidigers Dr. Erbs, Cämmerer, der Paragraph 218 sei „angeshlagen“, wird in den meisten Fällen sogar abgelehnt. Die Ablehnung erfolgt besonders von kirchlicher Seite. In Vertretung des evangelischen Landesbischofs von Baden, Dr. Bender, erklärte Oberkirchenrat Dürr, Karlsruhe, die „soziale Indikation“, die häufig als Argument für den Paragraphen 218 angeführt werde, liege in Wirklichkeit in viel selteneren Fällen vor. Eine Besserung der Menschheit sei nicht durch die Änderung des Paragraphen möglich, sondern nur dadurch, daß man ihre sittliche Grundlage bessere. Einen gleichen Standpunkt vertrat der katholische Prälat Dr. Röde, Karlsruhe, der sich dabei auf das fünfte Gebot berief. Jeder Mensch, auch wenn er noch nicht geboren sei, müsse vom Augenblick der Empfängnis an geschützt werden.

Der Landesvorsitzende der CSU von Nordbaden, Bürgermeister Heurich, Karlsruhe, lehnte dagegen eine Äußerung zu diesem Problem ab, da es nach seiner Meinung eine zu „kitzelige Angelegenheit“ sei. Ähnlich verhielt sich der SPD-Landtagsabgeordnete von Württemberg-Baden, Möller, der gleichfalls

zu dieser Frage nicht Stellung nehmen wollte. Lediglich der württemberg-badische Landtagsabgeordnete der FDP, Dr. Gerrads, Karlsruhe, befürwortete eine Revision des Paragraphen.

### Aus der badischen Heimat

#### Dr. Gerleis über akute Verkehrsfragen

**Mannheim (UP).** Der stellvertretende Generaldirektor der Deutschen Bundesbahn, Präsident Dr. Ing. h. c. Gerleis, sagte vor der Industrie- und Handelskammer Mannheim, die Bundesbahn habe im vergangenen Jahre durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen und ohne Kapitalaufwand ihre Leistungen gegenüber 1949 beträchtlich steigern können. Die Bundesbahn habe zur Verbesserung des Reiseverkehrs, insbesondere des Berufsverkehrs, einen neuen, großräumigen Personen- und Eilzugwagen zunächst als Probewagen in Auftrag gegeben. Die Bundesbahn könne aber nicht auf die Dauer allein die große Finanzlast tragen, die sich aus der Beilegung der Kriegsschäden, dem in mehr als 15 Jahren aufgelaufenen Nachholbedarf sowie der dringend erforderlich gewordenen Modernisierung ergebe. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Leistungen im Güterverkehr sei durch die bestehende verstärkte Ausmusterung von Güterwagen nicht möglich. Über den Normalersatz hinaus müßten jährlich 17 000 Güterwagen neubeschafft werden.

#### Aufklärung der Altwarenhändler

**Heidelberg (Wb).** Die Heidelberger Kriminalpolizei will in den nächsten Tagen die Altwarenhändler über die gegenwärtigen gesetzlichen Vorschriften beim An- und Verkauf von Altmetall aufklären. Die Aufklärungsaktion ist auf die ständig steigende Zahl von Diebstählen an elektrischen Leitungen zurückzuführen. So wurden dieser Tage von unbekanntem Tätern 800 Meter eines 20 000-Volt-Erdleitungskabels abmontiert.

#### Brand verursachte 10 000 DM Sachschaden

**Heidelberg (Wb).** Bei einem Großbrand, dem eine Scheune in Wiesloch im Landkreis Heidelberg zum Opfer fiel, entstand ein Sachschaden in Höhe von mehr als 10 000 DM. Die Feuerwehren aus mehreren

Nachbarortschaften mußten sich damit begnügen, ein Übergreifen des Feuers auf die angrenzenden Gebäude zu verhindern. Als Brandursache wird Kurzschluß vermutet.

#### Landtagsperiode bis 30. Juni 1952?

**Freiburg (Brg. Gd).** Die badische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf zugeleitet, der eine Verlängerung der Legislaturperiode bis zum 30. Juni 1952 vorsieht. Da diese Vorlage verfassungsändernden Charakter hat, muß sie vom Landtag mit zwei Dritteln Mehrheit angenommen und durch eine Volksabstimmung bekräftigt werden. Die auf den 29. April festgesetzten Landtagswahlen würden hierdurch verschoben werden. CDU und SPD haben bereits wissen lassen, daß sie einer Verschiebung der Landtagswahlen zustimmen. Die Haltung der FDP ist noch nicht festgelegt, doch dürfte die Zwei-Drittel-Mehrheit vermutlich auch ohne Zustimmung der Demokraten im Landtag zustande kommen. Der Vorschlag zur Verschiebung der Wahlen hängt wie in Südwürttemberg mit der Überlegung zusammen, die Klärung der Frage der südwestdeutschen Ländergrenzen abzuwarten.

#### Bonifatius-Verein. Die Generalversammlung des Bonifatiusvereins für das katholische Deutschland wird Ende Juli in Freiburg stattfinden. Aus diesem Anlaß soll eine Diasporakarte der Erzdiözese Freiburg hergestellt werden. Ferner ist eine Sammlung von Paramenten, Kirchenwische und kirchlichen Geräten geplant, die in einer Ausstellung in Freiburg gezeigt werden sollen.

**Neuer Spielleiter.** Schauspielregisseur Riedy hat den früheren Leiter der Faldenbergsschule in München, Sauer, für die kommende Spielzeit als Spielleiter ans Nationaltheater Mannheim verpflichtet.

#### Karlsruher Hafenumschlag im Jahr 1950

Mit einem Gesamtumschlag von 1 516 330 konnten die Karlsruher Rheinhäfen gegenüber dem Jahr 1949 eine Verkehrsteigerung um 307 103 zu gleich 25,8 Prozent erzielen. Der im Jahre 1950 erreichte Gesamtumschlag entsprach rund 58 Prozent des Güterumschlags des Jahres 1936. Der 1950 gegenüber dem Vorjahr erzielte Verkehrszuwachs entfiel ausschließlich auf die Güterzufuhr.

## Weinbau und Liberalisierung

Niklas ist „leidenschaftlich“ dagegen

**Koblenz (Gd).** Der deutsche Weinbau ist nach Ansicht des Bundesministers für Landwirtschaft und Ernährung, Prof. Dr. Niklas, für die Liberalisierung nicht geeignet. Der Minister betonte, er habe sich deshalb von Anfang an „leidenschaftlich“ dagegen gewehrt.

Die Liberalisierung habe auf die Dauer als Auswirkung strukturelle Veränderungen auf den von ihr betroffenen Wirtschaftsgebieten hervorzurufen müssen. Beim Weinbau kämen jedoch die vorhandenen Anbauflächen in vielen Fällen für andere Verwendungszwecke gar nicht in Frage. Andererseits sei es unmöglich, bei Handelsverträgen mit den für Deutschland wichtigen Ländern ohne Weinimporte durchzukommen. Anlässlich der feierlichen Verleihung der Rheinischen Weinpreise 1950 durch die Landwirtschaftskammer Koblenz erklärte der Bundesminister, daß bei der praktischen Verwirklichung dieser Handelsverträge die eingeeignete Devisenlage zur Achillesferse für die deutsche Wirtschaft geworden sei. Was viele Teile der deutschen Wirtschaft hemme, komme in diesem Falle aber der deutschen Weinwirtschaft zugute. Er sehe nämlich keine Möglichkeit, die notwendigen Devisen für die vertraglich zugesagten Einfuhren tatsächlich aufzubringen. Doch müsse ausdrücklich festgestellt werden, daß Deutschland den andern Nationen gegenüber nicht vertragsbrüchig werden wolle. Der gute Wille müsse eben substantiiert sein, und diese Sub-

stanz — in Form von Devisen — sei im Schwinden begriffen. Aufgabe einer verantwortungsbewußten Staatsführung sei es, dafür zu sorgen, daß die ausländischen Zahlungsmittel, die zur Verfügung stehen, für absolut notwendige Grundstoffe der Industrie und der Landwirtschaft verwendet werden.

#### Polizei braucht Klugheit und Einsicht

**Stuttgart (Wb).** Die zweite staatspolitische Vortragsreihe der württembergischen Landespolizei in Stuttgart-Vaihingen ist am Dienstag mit Vorträgen des württembergischen Kultusministers Dr. Schenkel, des Direktors der Stuttgarter Technischen Hochschule, Professor Dr. E. Siebel, und mit einem Referat von Professor Dr. Hch. Schmitz, Heilbronn, abgeschlossen worden. In seinem Vortrag über das Thema „Ghandi und die Polizei“ sagte Kultusminister Dr. Schenkel, an den Polizeibeamten werden Anforderungen gestellt, die sehr viel Klugheit und Einsicht erfordern. Bei der Betrachtung des Lebens Mahatma Ghandis, der in seinem Freiheitskampf wiederholt mit der Polizei in Berührung gekommen sei, werde klar, wie schwierig es für den Polizeibeamten sei, in den verschiedensten Situationen menschlicher Spannungen, in die er hineingestellt werde, immer das Richtige zu tun. Zu dem Thema „Technik und Frieden“ sagte Professor Siebel, nicht die Technik, sondern die Politik müsse anekskiert werden, wenn die tech-

nischen Errungenschaften für Kriege mißbraucht würden. In einem Referat über das Thema „Die psychologischen Voraussetzungen für den Frieden“ betonte Professor Schmitz, daß in der Selbsterziehung des Menschen die großen Friedensmöglichkeiten lägen.

#### Bürkle-Ausschuß nichtöffentlich

**Stuttgart (Wb).** Der Landtagsausschuß für die Untersuchung des Kreditfalls Bürkle tagte nach bisher zwei öffentlichen Sitzungen wieder unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Vorsitzende des Ausschusses, Pfleger (SPD), erklärte nach der Sitzung, die näheren Einzelheiten des Kreditfalles Bürkle sowie Angaben der Zeugen über andere von der Girokasse gewährten Kredite könnten nicht öffentlich behandelt werden.

#### D. Wurm über das Hilfswerk

**Stuttgart (Wb).** Der württ. Altlandesbischof D. Wurm, einer der Mitbegründer des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen in Deutschland, gab zu der Kontroverse Dr. Maier — Dr. Gerstenmaier eine Erklärung ab. Die von Dr. Gerstenmaier und der Leitung des Hilfswerks in den Jahren seines Bestehens getroffenen Maßnahmen seien durchaus korrekt und zu verantworten, heißt es in der Erklärung D. Wurms. Er (Wurm) habe aus nächster Nähe am Entstehen dieses großen Werkes christlicher Nächstenliebe teilgenommen. Schon während des Krieges seien die ersten Fäden zum Weltat der Kirchen nach Genf gesponnen worden. Nachdem die Waffen ruhten, seien die Christen wieder zusammengekommen. Die kirchlichen Hilfsorganisationen hätten als erste die Spenden zusammengebracht und die Mittel in die Hand bekommen, um der ärgsten Not zu steuern. „Es sei bekannt, daß es sich bei dem ganzen gegenwärtigen Komplex um das Hilfswerk um vor der Währungsreform stehende Fragen über die zoll- und devisenrechtliche Behandlung der eingeführten Spenden handele, wie sie in allen Wohlfahrtsorganisationen gleichermaßen Gegenstand von Besprechungen gewesen sind.“ Das Evangelische Hilfswerk habe wiederholt seine ausländischen Spender gebeten, anstatt Devisen besser Rohstoffe zur Verfügung zu stellen, die als Spenden zollfrei eingeführt werden könnten und bei einer Verarbeitung in Deutschland eine Verstärkung der allgemeinen Hilfeleistungen ermöglichten. Es sei die Frage gewesen, soll der Staat an der Einfuhr von Waren und Rohstoffen, die karitativen Charakter haben, den gleichen Gewinn nehmen, wie bei Einfuhren privatwirtschaftlicher Unternehmungen. Darüber sei jedoch nie eine klare Entscheidung gefallen.

#### Am Rande bemerkt:

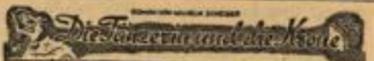
##### Kanzler und Kamera

So mancher Weg wird beschritten, um die Verständigung zwischen den Völkern zu fördern. Leider ist es weder dem Sport noch der Kultur und erst recht nicht der Politik gelungen, alle Mißverständnisse zu beseitigen. Noch stehen sichtbare und unsichtbare Schranken zwischen Ländern und Kontinenten.

Um diese Barrieren vielleicht doch noch zu überbrücken, wird nun der Versuch gemacht, Kultur und Politik zusammen vor den Wagen der Völkerverständigung zu spannen. Vielleicht wird man auf diese Weise besser vorwärts kommen.

In einem Amtsgebäude in Bonn erschienen Vertreter der amerikanischen NBS-Gesellschaft, stellten eine Fernsehkamera auf und trafen allerhand Vorbereitungen. Der Star des Fernsehfilms mußte sich dann eine halbe Stunde lang von den Kameraleuten hin- und herschieben lassen, eine Zeitung lesen und seine Meinung zu wichtigen Tagesfragen abgeben.

Der Star vor der Kamera war Bundeskanzler Adenauer persönlich. Um des Guten noch mehr zu tun, wurden seine Worte für den amerikanischen Gebrauch übersetzt. Ob unsere Nachbarn jenseits des Atlantik den Fernsehstar Adenauer besser verstehen als den Politiker?



(Urheberrechtsschutz Hermann Berger, Wiesbaden)

20 Fortsetzung Nachdruck verboten.

Bert witterte die Gefahr, das Unheil. Am Abend entschloß er sich zu einem Telegramm, das nur aus zwei Worten bestand:

„Vorsicht, Peter.“

In den Tagen, die nun folgten, kehrten seine unruhigen Gedanken immer wieder zu Körding zurück. Er schrieb einen Brief an Jörn, dem er eine Abschrift des Kördingschen Schreibens beifügte. Er legte dem Bruder ans Herz, sich um die Sache zu kümmern. Auf jeden Fall müsse verhütet werden, daß Körding sich mit solchen Leuten einlasse.

Als Bert sich am 3. Oktober morgens erhob, tobte draußen der Sturm. Die Elbe führte Hochwasser. Das Telefon klingelte und man meldete ihm vom Kontor aus, daß sich die „Anne Helken“, der kleinste und älteste Dampfer der Linie, in der Biscaya in Seezeit befände. Das Schiff trug den Namen seiner lange verstorbenen Mutter und sein Herz hing besonders an diesem kleinen Frachter.

Er fuhr ins Kontor. Um 11 Uhr brachte man ihm ein Telegramm. Die „Anne Helken“ war gestrandet; die Mannschaft, mit Ausnahme des Kapitäns Fogge, in Sicherheit. Fogge hatte der Sturm über Bord gespült. Es war ein schwerer Schlag für Bert.

Am Nachmittag entdeckte er, daß seine Taschenuhr nicht mehr lief. Sie war kurz nach zwei Uhr stehen geblieben. Er hatte sie von seinem Vater geerbt. Bei der Un-

tersuchung des Werkes fand er die Feder zersprungen.

Der Sturm dauerte auch noch am nächsten Tage an; erst am Morgen des fünften Oktober legte er sich plötzlich an diesem Morgen erhielt Bert ein Telegramm aus Buenos Aires. Als er den Umschlag aufriß, war ihm sehr sonderbar zumute. Er hatte das Gefühl, daß sich ein Unglück ereignet habe; sein Herz pochte dumpf. Er las:

„Peter tot. Brief folgt.“

Das Telegramm entsank seiner Hand. Die nächsten Tage verbrachte er in großer Erregung. Er konnte es immer noch nicht fassen. Endlich kam Jörns Brief:

„Lieber Bert. Dein Schreiben habe ich leider zu spät erhalten. Ich konnte deshalb Peter nicht warnen und das Schreckliche, das Unglaubliche mußte geschehen. Peter ging in eine Falle, die man ihm gestellt hatte.“

Am vierten Oktober wurde er in einem einsam gelegenen Bootshaus des Parana — ich schilderte Dir einmal die Gegend, es ist dort, wo die vielen Kanäle liegen — erschossen aufgefunden. Das Bootshaus war längst von seinem Besitzer verlassen und in einem völlig verfallenen Zustand. Scheinbar hat man ihn dorthin gelockt. Seine Motorjacht lag vor dieser Hütte verrotten. Spuren eines Kampfes fand man nicht. Die Untersuchung ist noch im Gange. Ich stellte mich sofort zur Verfügung und schilderte alles genau so, wie ich es wußte. Die Briefkopie, die Du mir sandtest, ist zum wichtigsten Aktenstück geworden. Leider ist nicht festzustellen, mit wem Peter eigentlich verhandelte — er hielt alles geheim. Nell wußte nichts von diesen Dingen, sie ahnte es nur.

Was jetzt weiter geschehen wird, weiß ich nicht. Conchita befindet sich in Haft.

eine große Sensation für Buenos Aires. Die Zeitungen hier schreiben überhaupt nichts anderes mehr. Eben melden sie in großer Aufmachung die Verhaftung Juls. Er wurde in dem Augenblick festgenommen, als er, mit dem Dampfer von Montevideo herüberkommend, argentinischen Boden betrat. Angeblich behauptet er, es sei sein Wunsch gewesen, sich freiwillig den Behörden zur Verfügung zu stellen.

Ich schreibe Dir morgen ausführlicher. Nell und ich verleben entsetzliche Tage, Du kannst es Dir ja vorstellen. Sie ist erst seit zwei Wochen verheiratet und nun mußte sie dieser Schlag treffen. Jörn.“

Am Abend, allein in seinem Arbeitszimmer, versuchte Bert, das Drama, das sich in den Kanälen des Parana abgespielt hatte, gedanklich zu erfassen. Er holte eine Karte hervor. Die Kanäle waren hundert Kilometer von Buenos Aires entfernt. Man mußte den Rio de la Plata hinauffahren, um sie zu erreichen.

War Peter tatsächlich in eine Falle gelockt worden? Bert wußte, daß Körding am Parana ein eigenes Bootshaus besaß, er war ein leidenschaftlicher Sportfischer. Sehr häufig zog er sich dorthin für einige Tage zurück. Zu diesem Zweck hatte er auch die Jacht erworben. Nell nahm nur selten an diesen Fahrten teil, der Fischfang langweilte sie.

War es nicht völlig unbegreiflich, daß Peter sich darauf eingelassen hatte, mit irgendwelchen Leuten in einem fremden Bootshaus zu verhandeln?

Bert holte Peters letzten Brief hervor. Da stand es schwarz auf weiß: „Ich denke nicht daran, sie zum zweitenmal zu bezahlen. Ich habe nichts anderes im Sinn, als den Fuchs erst einmal aus seinem Bau zu locken. Wenn es dann soweit ist, werde

ich nicht versäumen, kräftig zuzuschlagen.“

Wie hatte Peter es sich eigentlich gedacht mit diesem „kräftigen Zuschlagen“? War er mit der Absicht umgegangen, rechtzeitig die Hilfe der Behörde in Anspruch zu nehmen? Das ging aus seinem Schreiben nicht hervor.

Unfaßbar, daß man ihm diese Falle stellen konnte! Und warum hatte man ihn erschossen? Vielleicht des Geldes wegen, das er mit sich führte, um die Krone zu bezahlen? Zum zweitenmal zu bezahlen?

Unmöglich! Körding hatte den Betrag bestimmt nicht mit sich geführt. Er war, wenn es sich tatsächlich so verhielt, mit der Absicht gekommen, den Gegnern die Krone abzugeben, ohne dafür auch nur eine Pesete zu bezahlen. Es lag also auch kein Grund vor, ihn zu erschießen.

Nein, die Tragödie am Parana hatte andere und viel rätselhaftere Hintergründe. Ob man sie erhellen würde, mußten die nächsten Tage zeigen.

13.

In fieberhafter Spannung erwartete Bert weitere Flugpost aus Argentinien. Seltamerweise blieb sie aus. Inzwischen brachten die deutschen Zeitungen eine sehr kurze Notiz von dem Mord in Buenos Aires. Die Verhaftung einer bekannten argentinischen Tänzerin wurde zwar erwähnt, der Name aber nicht genannt. In einer weiteren, ebenso kurzen Nachricht, die am nächsten Tage erschien, hieß es, die Affäre habe plötzlich eine sensationelle Wendung genommen. Die erste Spur hätte sich als falsch erwiesen und die Tänzerin sei auf freien Fuß gesetzt worden. Man stehe vor neuen Verhaftungen.

Fortsetzung folgt

# Rundfunk in nächtlichem Wettlauf mit dem Kindertod

Warnung aller französischen Sender: Keinen Hustensirup geben!

Paris. Eine erschütternde Tragödie hat sich in diesen Tagen in dem Dorfe Coudekerque in Frankreich abgespielt. Die Ereignisse sind um so tragischer, als eine menschliche Schuld an dem Tode mehrerer kleiner Kinder offensichtlich nicht festgestellt werden konnte. Eine Reihe noch unaufgeklärter Zufälle brachte über das Dorf einen traurigen Ruhm, sie beschäftigten selber die französische Polizei und waren die Veranlassung der größten Fahndungsaktion, die unter Einsatz aller Mittel, unter anderem auch durch Einschaltung aller Sender, seit langer Zeit in Frankreich durchgeführt wurde.

Der Tatbestand: In Coudekerque ging der Keuchhusten um. Ängstliche Mütter ließen sich vorsorglich von ihren Hausärzten Hustenmittel verschreiben, von denen der Sirup Pecto-Novex der Firma Ducloy in dem berühmten Arques als bestes Vorbeugungsmittel galt. Als in jener tragischen Nacht die Mütter von Coudekerque ihren Jungen und Mädchen nach dem Gute-Nacht-Kuß einen Löffel des Mittels gaben, ahnten sie nicht, daß sie damit selbst ihrem Kinde den Giftbecher reicheten. Wenige Stunden nach dem Abendessen liefen bei dem Bürgermeister des kleinen Ortes die ersten Meldungen über absonderliche Erkrankungen ein, die sofort alarmierten beiden Ärzte konnten in zwei Fällen nur noch den Tod feststellen. In dem Hustensirup war ein schweres Gift gewesen!

Die örtlichen Polizeiorgane waren klug genug, sofort die höchsten Dienststellen anzufragen und um Unterstützung zu bitten. Sirenen heulten, Polizeiwagen brauseten über regennasse, vernebelte Straßen in die Stille des Dorfes Coudekerque, in dessen Häusern die Lampen brannten und dessen Mütter bedend am Bettchen ihrer fiebernden Lieblinge saßen.

Wie kam das Gift in die fabrikmässige Packung des Hustensirups? War dem Apotheker eine Unachtsamkeit passiert, als er sie verkaufte? Handelte es sich um ein Verbrechen? Hatten zwei Elternpaare, unabhängig voneinander, einen Kindesmord geplant und waren die anderen Erkrankungen lediglich gewöhnliche

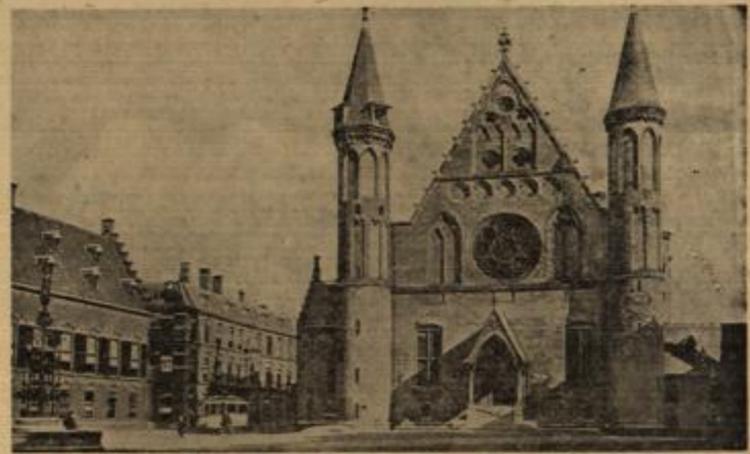
Keuchhustenfälle? ... Das alles waren die Fragen, die es blitzschnell zu lösen galt. Zuvor aber mußte unter allen Umständen vermieden werden, daß irgendwo anders im weiten Frankreich Kindern Hustensirup der Firma Ducloy verabreicht und damit die Todesgefahr weitergetragen wurde.

Die Polizeibeamten an den Morsetasten arbeiteten fieberhaft. In allen Orten klingelten laut funkentelegraphischer Weisung Polizeistreifen die Apotheker aus dem Schlummer und ließen sie Schriftstücke unterschreiben, in denen von der Gefahr Kenntnis gegeben und der weitere Verkauf von Pecto-Novex untersagt wurde. Und während so die Apotheker gewarnt wurden, unterbrachen alle Sender immer wieder ihre Sendungen und gaben die alarmierende Nachricht durch: „Haben Sie Kinder? Hat Ihr Nachbar Kinder? Wohnt im Nebenhaus eine Familie mit Kindern? Scheuen Sie, lieber Hörer, nicht die Mühe, diese Familien aus dem Schlafe zu wecken. Es geht um Leben und Tod! Warnen Sie vor Hustensirup der Firma Ducloy! Ihre kleine Mühe kann ein junges Menschenleben retten! ...“ Es folgte dann eine kurze Schilderung der tragischen Vorkommnisse in Coudekerque.

Wie die Zeitungen am nächsten Tage berichteten, haben die Rundfunkempfänger die Bitte des Senders nicht überhört. Frankreichs Mütter waren zum größten Teil bis gegen 4 Uhr am Morgen gewarnt. Der Rundfunk, eine menschliche Erfindung, war schneller gewesen als der Kindertod.

Inzwischen gingen die Ermittlungen weiter. Zu einem Abschluß sind sie bisher noch nicht gebracht worden, obwohl die sofortige Überprüfung aller für die Herstellung des Mittels verantwortlichen Stellen vorgenommen wurde. Der Kindertod von Coudekerque ist noch ein Rätsel.

Nur eine Möglichkeit der Aufklärung zeigte sich bisher: Die genannte Firma stellt zugleich Heilmittel für Tiere her. Durch ungeklärte Umstände muß ein Gift in die Tagesproduktion Hustensirup gekommen sein. Die Pariser Polizei, die jetzt die Arbeitsgänge überwacht, hofft in aller Kürze volle Aufklärung des Falles geben zu können.



DEN HAAG. — BLICK AUF DEN „RIDDERZAAL“ mit den schönsten Gebäuden der Residenzstadt Hollands. Den Haag hinterläßt mit seinen breiten Straßen, schmucken Alleen und schattigen Parks den Eindruck einer sehr gepflegten Metropole. (Aufnahme: Archiv).

# Acht Stunden Aufenthalt vor San Marino

Ein Zwergstaat, in dem man sehr viel Zeit hat

San Marino. Mit dem Kursauto verläßt man Rimini um 18 Uhr. Es sollte fahrplanmäßig bereits um 19.30 Uhr in San Marino eintreffen, der Hauptstadt der gleichnamigen Zwergrepublik auf dem zerklüfteten Titanenberg, wenn nicht die Grenze darzwischen läge, die seit Wochen von der großen italienischen Schwesterrepublik einer so scharfen Kontrolle unterzogen wird, als begänne hier der berühmte Eisener Vorhang. Man weiß zwar, daß Italien eine schwarze, das kleine San Marino hingegen seit Kriegsende eine rote Regierung hat.

Aber diese Tatsache allein kann die Schikanen an der Grenze nicht rechtfertigen, denn im Grunde sind die linkssozialistischen und kommunistischen Regierungschefs auf dem Titanenberg friedliebende Männer, die nicht im entferntesten an Aufruhr und revolutionäre Komplotte denken. Wie könnten sie auch mit ihrem halben Dutzend Paradesoldaten eine Gefahr für das mächtige Italien darstellen? Umsonst zerbricht man sich über die rigorosen Maßnahmen der Regierung De Gasperi gegen den harmlosen Kleinstaat den Kopf.

Schon nach acht Kilometern Fahrt heißt es aussteigen. Die Carabinieri, verstärkt durch einige Zollbeamte, verlangen die Ausweise. Die Zollner durchsuchen das Gepäck nach irgendwas Verdächtigem. Sie haben es nicht besonders eilig Bereits warten andere Wagen auf den Grenzübergang ... und die Stunden verstreichen.

Ein junger Motorradfahrer, der beteuert, er sei eigens von Bologna gekommen, um dem einzigen Kino in San Marino einen neuen Film zu überbringen, der bereits in einer Stunde laufen müsse, wird mit südlicher Gleichgültigkeit auf den anderen Morgen vertröste. Die Sanmarinesen sollen ruhig einen Abend ohne Kino auskommen und lieber früh ins Bett gehen, wird ihm entgegnet. Dabei bleibt es!

Nur ein Verletzter, der vom Arztbesuch zurückkehrt, kann anstandslos passieren, wäh-

rend ein Chauffeur und sein Beifahrer das Vergnügen haben, einen schweren LKW auf offener Straße zu entladen, damit die Zollner ihres Amtes walten können.

Die Stadtverwaltung in Rimini hat kürzlich gegen diese den Fremdenverkehr schädigende Grenzkalamität in Rom protestiert. Die Angelegenheit wird demnächst im italienischen Parlament zur Sprache kommen, und einige Volksvertreter sind fest entschlossen, sich für eine möglichst rasche Beilegung des „Belagerungszustandes“ einzusetzen. Bis es soweit ist, heißt es geduldig warten. Kein Wunder, wenn das Kursauto mit achtstündiger Verpätung erst gegen 3 Uhr früh auf dem menschenleeren Hauptplatz der sanmarinesischen Residenz eintrifft. Dafür wird man am nächsten Tag bei warmem Sonnenschein durch eine unvergleichliche Rundschau auf die trüchgeplügten Äcker in der tafelenbenen Emilia zu Füßen des Titanenberges belohnt.

Auch ein Gang zu dem historischen Regierungspalast vermag für die überstandenen Unannehmlichkeiten der hindernisreichen Reise zu entschädigen. Vor zehn Uhr vormittags ist aber noch keines der regierenden Häupter in seinem Amtszimmer anzutreffen. Der livrierte Diener gibt etwas verlegen zu verstehen, daß die hohen Herren, reichlich spät aufzustehen gewohnt seien, und daß sie sich an keine bestimmte Amtszeit gebunden fühlen. Auch die beiden Staatssekretäre glänzen durch Abwesenheit. Der eine hält sich in Montecatini auf, der andere sei auf die Jagd gegangen, lautet die Antwort des Dieners.

In San Marino bleiben also die Regierungsgeschäfte liegen. Auch hier hat man keine besondere Eile. Kein Mensch mit der „Blockade“ eine übermäßige Bedeutung bei. Die jahreslange Republik kann warten. Sie hat schon schwierigere Zeiten überstanden, vor allem in den letzten zwanzig Jahren des Faschismus und der darauffolgenden Kriegswirren. Mit Rom ist man noch immer fertig geworden. Weshalb sollte es diesmal anders sein?

# Die verirrtten Hunde von Paris

Umherstreichen wird mit dem Tode bestraft

Paris. Mit gutgepielter Gleichgültigkeit geht der Mann mit der Drahtschlinge über die Straße. Ein kleiner Hund spielt — mit aufrichtiger Gleichgültigkeit und edler Lebensfreude. Das metallene Lasso schnürt eine fröhliche Hundekette zu, der Kollege des Hundefängers kommt mit seinem kleinen Handkarren, und sobald der Zwölger voll ist, hebt es aufs Polizeikommissariat. Von dort holt abends ein Wagen die „Jefangenen“ ab und führt sie in die Rue Dardzig, in das Gefängnis der Vierbeiner. Die „fourrière“, der Pfandstall der Pariser Polizei-

präfektur, kann für vagabundierende Hunde und Katzen eine böse Erinnerung — aber auch das Vorzimmer des Todes sein, wenn sie niemand zurückfordert.

Die Behörde unterscheidet zwei Arten der Gesetzesübertretung: die der „Verirrten“ und die der „Aufgegebenen“. Zwei Untergruppen: „Mit Halsband“ und „Ohne Halsband“ dienen nur zur Unterscheidung des Strafaufschubes: drei Tage für die „mit“ und sieben Tage für die „ohne“. Ist diese Zeitspanne abgelaufen, gibt es nur zwei Möglichkeiten für jene Tiere, deren Besitzer sie nicht abholen kamen: entweder werden sie vom Tierschutzverein in ein „Lager“ gebracht, oder ... der Tod winkt ihnen.

Hunde und Katzen werden aufmerksam gepflegt. Die Kost ist gut und ausreichend. Ein Tierarzt wacht über die Gesundheit, und selbst die zum Tode Verurteilten sind geheilt, um getötet zu werden ...

In einem Käfig, der in einen hermetischen Metallkasten gesetzt und dann auf Rädern und Schienen transportiert wird, stellt man die Todeskandidaten in den Hof. Ein Deckel schließt sich über der Todeszelle, ein Pfeifen deutet an, daß die Luft entzogen und das Gas eingepumpt wird, und 13 Sekunden später ist die Hunde- oder Katzenseele in das Jenseits einer besseren Welt entflohen.

## Lächelnd notiert

Auf Vorschlag Attlees hat der englische König dem verarmten schottischen Dichter McDiarmid eine Jahresrente von 150 Pfund ausgesetzt. Diarmid ist überzeugter Republikaner, wütender Monarchistenfeind und außerdem noch schottischer Separatist.

„Ein schuldenfreier Staat begrüßt Sie! Keine Einkommensteuer. Keine Umsatzsteuer. Keine Erbschaftsteuer. Keine Körperschaftsteuer. Keine Schenkungssteuer!“ Diese Verheißungen liest man auf den Schildern an den Zufahrtsstraßen zum Staat Nevada im Südwesten der Vereinigten Staaten. Allerdings gibt es dort eine einzige und sehr gewichtige Steuer, deren riesiger Ertrag den Staat wohlhabend und schuldenfrei macht: die Steuer auf Glücksspiel und Wetten.

# Jede Zeitung wog vier Pfund

Auswüchse des Pressewesens

New York. Der ins Ungemessene angeschwollene Umfang der Tageszeitungen, der Ueberfluß der Tageszeitungen an Papier hat alle Formen gesprengt. Dieser riesige Umfang ist eine Folge der Tatsache, daß bei den meisten amerikanischen Zeitungen das Anzeigen-geschäft der ausschlaggebende Faktor ist. Je zahlreicher die Anzeigen sind, umso umfangreicher muß der Textteil der Blätter sein. Es ist keine Seltenheit, daß die großen amerikanischen Tageszeitungen Sonntagsausgaben von mehr als 100 Seiten haben.

Kürzlich war beispielsweise die „New York Times“ 300 Seiten stark. Jede Zeitung wog etwa vier Pfund. 78 Druckmaschinen begannen am Sonnabend um 14 Uhr mit dem Druck und druckten dann durch bis zum Sonntagfrüh um 7 Uhr. Von den 300 Seiten standen der Redaktion für den Hauptnachrichtenteil nicht weniger als 112 Seiten zur Verfügung. Es ist verständlich, daß es unmöglich ist, alle diese Seiten mit wichtigen Nachrichten und wertvollen Berichten zu füllen.

Nur wenige Zeitungen haben solche Druckmöglichkeiten, daß die ganze Ausgabe in einem Druckgang hergestellt werden kann. Daher werden die Seiten, die die redaktionelle Meinung enthalten, vielfach vorgedruckt. Die Leitartikel und die Kommentare können sich dann nicht mehr auf die in der gleichen Ausgabe erscheinenden Nachrichten beziehen. Ja, der Nachrichtenteil enthält oft sogar Berichte, die die an einer anderen Stelle erscheinenden Kommentare und Artikel überflüssig, versaltet und lächerlich erscheinen lassen.

Die Befähigung zur Nachrichtenbeschaffung wird wesentlich höher bewertet als eine klare Darstellung. Der Reporter wird immer mehr

zum reinen Techniker der Nachrichtenbeschaffung. Die Form der Berichterstattung ist völlig standardisiert und schablonisiert. Ihr Hauptgesetz ist, daß alles Wichtige im ersten Absatz des Berichtes steht, damit bei wachsenden Anzeigen oder beim Eintreffen neuer Nachrichten der Rest beliebig gekürzt werden kann.

Den größten Einfluß haben die sogenannten „columnists“, die ihre Artikel durch Agenturen an viele Zeitungen in allen Teilen des Landes verbreiten. Von dem Ruhm dieser guten Kommentatoren zehren auch die nicht weniger zahlreichen schlechten Berufskollegen, die oft falsch informiert sind.

Als Hauptmangel, die die Presse daran hindern, mit der Entwicklung Schritt zu halten, gelten die Sucht, nur Alleinvertreibungen und Erstmeldungen zu haben, die Jagd nach der Schlagzeile, die alles vorwegnimmt, dem sogenannten „Lasso“, und das unbedingte Bestehen auf „exklusiven Quellen“.

Aber die Krise sitzt tiefer. Immer mehr ist in den letzten Jahren die schnelle Befriedigung der ersten Willbegierde an den Rundfunk und auf das Fernsehen übergegangen. Will die Presse nicht Gefahr laufen, unmodern und langweilig zu werden, dann muß sie hierauf Rücksicht nehmen. Sie muß sich darauf einstellen, von der zusammenhanglosen Bericht-erstattung zum Aufzeigen der großen Zusammenhänge in klar geschriebenen und zuverlässigen Berichten überzugehen.

Eine deutliche Sprache sprechen in dieser Hinsicht die großen Auflagen vieler neuentstandener Informationsdienste und der anspruchsvollen politischen Wochenzeitungen, wie vor allem der Wochenzeitschrift „Time“. Hier liegen die neuen Möglichkeiten der Zukunft.

# Tiefes Schweigen über dem „Tal des Elfenbeins“

Das ungelöste Rätsel der „Elfantentriedhöfe“ in Afrika

Kapstadt. Mit den heutigen großen Investitionen in Afrika und den damit verbundenen weitreichenden Erschließungsplänen wird wieder die Frage nach dem „Tal des Elfenbeins“ diskutiert, jenem geheimnisvollen, legendenumwobenen Gebiet, wo sich nach bisher allerdings unbestätigten Erzählungen der Schwarzen ein riesiger Elfantentriedhof befindet soll, wo denn sich die Elfantent zurückziehen, wenn sie ihr Ende herannahen fühlen.

Über diesen Elfantentriedhof, der sich irgendwo im ostafrikanischen Wildparadies, entweder in Uganda oder in Kenya befinden soll, wird schon seit mehr als achtzig Jahren gesprochen, als Livingstone und Stanley als erste Weiße den dunklen Erdteil von Ost nach West durchqueren, doch gefunden hat ihn bisher noch keiner der vielen Forscher, die seitdem Afrika bereisten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die schwarzen Händler über das „Tal des Elfenbeins“ absichtlich einen Schleier breiten, um zu verhindern, daß es von den Weißen entdeckt und damit ihre Erwerb-quelle zerstört wird.

Vor einigen Jahren erschien in einem deutschen Verlag ein Buch dessen interessanter und spannender Inhalt sich mit dem „Tal des Elfenbeins“ befaßte. Der Autor, der mit seiner Erzählung den Berichten der Eingeborenen folgte, stellte in den Mittelpunkt der Handlung eine Forscherin, die es unternimmt, im innerafrikanischen Urwald nach dem sagenhaften Elfantentriedhof zu suchen. Nach unsäglichen Strapazen findet sie ihn auch, doch kehrt sie überwältigt von dem phantastischen Anblick

der sterbenden Riesen und den gewaltigen hier angehäuften Elfenbeinmassen, nicht mehr in die Zivilisation zurück und nimmt ihr Geheimnis mit ins Grab.

Diese aus Tatsachen und Phantasie gemischte Darstellung und andere mehr oder minder glaubwürdige Berichte von Eingeborenen und Großwildjägern haben viele Expeditionen auf die Beine gebracht, die jedoch alle erfolglos zum Ausgangspunkt zurückkehren mußten. Ueber Hunderte von Kilometern wurden die Spuren der ostwärts wandernden Dickhäuter durch Urwald und über Savannen verfolgt, aber dann waren sie plötzlich verschwunden.

Obwohl seit dem Eindringen der Weißen nach Afrika viele Jahrzehnte verlossen sind, und selber die Zivilisation riesige Landstriche der afrikanischen Wildnis entriß, kann sich bis heute kein Weißer rühmen, jemals auch nur einen Elfantentkadaver gesehen zu haben. Ja, selbst die Eingeborenen wollen davon nichts wissen. Darf man ihnen glauben? Vielleicht stimmt es, was einmal ein britischer Forscher schrieb, nämlich, daß die Eingeborenen Afrikas die Elfantent als Bundesgenossen in ihrem Kampf gegen die weißen Eindringlinge betrachten und diesen niemals die reiche Schatzkammer zeigen werden, die das kostbare Elfenbein birgt.

Wie dem auch sein mag, die schwarzen Händler werden ihre Quellen freiwillig niemals verraten. Man schätzt die Zahl der heute in Afrika lebenden Elfantent auf rund 200.000. Davon soll es in Uganda allein 20.000 geben. Experten haben berechnet, daß bei einem

Durchschnittsalter von hundert Jahren — so alt werden die in der Wildnis lebenden Elfantent — jährlich etwa 2000 Dickhäuter sterben müssen. Wo aber blieb diese beträchtliche Zahl der dem Tode geweihten Rüsseltiere? Wer diese Frage beantworten kann, ist ein reicher Mann, denn gewaltige Mengen von den Stoßzähnen der Elfantent gelieferten Elfenbeins müssen irgendwo in den weiten, den weißen Spähern noch unbekanntem Gebieten der afrikanischen Wildnis lagern.

Afrikanische Großwildjäger erklären, angeschossene oder erkrankte Elfantent seien immer bestrebt tiefes Wasser zu erreichen, und knüpften daran die Vermutung, daß sich die Elfantent, wenn sie ihr Ende nahen fühlen, in den an den Ufern von dichtem Strauchwerk und Gestrüpp bewachsenen Flüssen oder Seen Ostafrikas selbst ertränken. Diese Ansicht wird auch von dem britischen Afrikaforscher Professor Riddley von der Universität Oxford vertreten, der nachgewiesen hat, daß auch Mammuts, die Vorgänger der Elfantent, auf diese Weise den Tod suchten. Da jedoch nüchtern denkende Geschäftsleute — und diese haben seit Kriegsende in vermehrtem Maße in Afrika Einzug gehalten — von Vermutungen nicht viel halten, sondern die im Urwald schimmernden Reichtümer finden wollen, wird die Jagd nach dem Elfenbein fortgesetzt. Man will mit Hilfe der Eingeborenen noch einmal genau den Spuren der alten Elfantent folgen und, koste es was es wolle, den gewaltigen Elfantentriedhof Innerafrikas finden, wo die massigen Rüsseltiere ihr Grab gefunden haben, und wo das Elfenbein ruht.